Bauwesen

Teil I.

Einführung

Vom Amtsführenden Stadtrat für das Bauwesen

Leopold Thaller.

Das Bauen ist zu allen Zeiten Spiegel und Gradmesser für den Zeitgeist der jeweiligen Gesellschaft gewesen; darüber hinaus aber ist es auch eines der wichtigsten bewußtseinsschöpferischen Einflußelemente zur Weiterentwicklung dieses Zeitgeistes selbst; denn: „die Menschen bauen zwar zuerst die Häuser, dann aber bauen diese Häuser wieder die Menschen" (Albert Schweitzer); der bauliche Umwelteinfluß ist von so enormer Eindringlichkeit, daß kein Gebiet menschlichen Denkens und Handelns davon unberührt bleiben kann.

Die richtige Gestaltung der menschlichen Umwelt ist darum auch so stark abhängig von der Art und Weise, von der strukturellen Anlage und von der Form des ästhetisch-baukünstlerischen Details und damit vor allem vom Weltanschaulich-Gesinnungsmäßigen.

In je höherem Maße das Bauen, also die Gestaltung der Umwelt abhängig ist von öffentlichen Interessenfaktoren, je mehr der Bauherr öffentliche Initiativen vertritt, je geringer der Anteil privater Sphäre ist, umso mehr wird sich die Aufgabenstellung auf bestimmte Sachgebiete ausrichten und gewisse öffentlich-rechtliche Auffassungen gefügemäßig, größenordnungsmäßig, konzeptionell, technisch und finanzierungsmäßig berücksichtigen.

Das Bauen formt also die Gesellschaft selbst — und nicht nur ihre Umwelt —, es steuert damit auch ihre Richtung, ihre Tendenz und ihre Entwicklung entweder zu natürlichen, organisch-gesunden Lebensbedingungen oder lenkt sie zu widernatürlichen, ungesunden und lebensverneinenden Zuständen.

Darum kommt gerade heute, im Zeitalter eines gesteigerten und ungemein wirksamen technischen Entwicklungsgrades der Zivilisation der zeitgenössischen Gesellschaft dem öffentlichen Bauwesen eine so große, ja entscheidende Aufgabe zu: Die Mehrheit aller Bauprobleme berührt heute mehr als jemals zuvor die allgemein-öffentliche Interessensphäre; die Konsequenz ist, daß heute in Europa für baugestaltende Maßnahmen ungleich mehr Geld und Energiemittel in öffentliche Körperschaften und Einrichtungen mit ausgesprochen gemeinwirtschaftlichen Tendenzen einfließen als in der Zeitperiode privater Initiative.

In Wien, im Rahmen der kommunalen Verwaltung, zeigt sich dies besonders deutlich im Gefüge des Haushaltsplanes der letzten Jahre.

So wurden laut Rechnungsabschluß des Jahres 1953 rund 3.230 Millionen Schilling ausgegeben; davon sind 1.250 Millionen Schilling, also rund 38.7 Prozent, nur für den Sektor Bauen verausgabt worden.

Auch die Gliederung des Haushalt-Etats für das Jahr 1954 stellte sich folgendermaßen dar:

Gesamtbudget		
für das Bauwesen	S	1.024,201.000.—
davon:		
allein für den sozialen Wohnungsbau	S	520,000.000.—
		= 50.8 %
für den übrigen Bausektor:		
Wohlfahrtsbau,		
allgemeiner Sozialbau (Kindergärten, Schulen, Bäder)		
allgemeiner Bausektor (Straßen, Kanal, Energie etc.)	S	504,201.000.—
		= 49.2%
zusammen . . .	S	1.024,201.000.—

Im Vergleich zum Gesamtbudget der Gemeinde entsprach dies einem Aufwand

für den sozialen Wohnungsbau von 16.9 %
für den übrigen Bausektor von 16.2 %

Der prozentuelle Anteil des Bauens am Gesamtbudget und insbesonders des sozialen Wohnungsbaues ist seit 1945, also während der ganzen Periode des Wiederaufbaues nahezu dauernd im Ansteigen begriffen gewesen (siehe Grundlagentafel Nr. 5, Seite 17). Zu dieser Tafel muß gesagt werden, daß für die Jahre 1953 und 1954 nur die sehr vorsichtigen Voranschlagposten graphisch dargestellt sind, die aber durch den jeweiligen Rechnungsabschluß immer wieder überholt wurden.

Zu diesem Bauaufwand der Verwaltung kommen aber noch die hohen Beträge an hoch- und tiefbaulichen sowie baumaschinellen Investitionen und Wiederaufbaubeträge der städtischen Unternehmungen, die nicht im Budget der Hoheitsverwaltung aufscheinen, sondern gesondert veranlagt werden.

Es ist natürlich, daß solche Wirkungsfaktoren einschneidende Folgen im gesamten Wirtschaftsgefüge sowohl volkswirtschaftlich als auch für den einzelnen haben müssen: eine Baupolitik, die Steuergelder sofort wieder durch öffentliche Baumaßnahmen in die private Wirtschaft zurückpumpt, muß — schon aus Gründen der Größenordnung und wegen ihres zentralgesteuerten Einsatzes — sehr wirksam und fruchtbar sein. Das Geld, der Blut- und Energiestrom der Wirtschaft, fließt durch den Sektor Bauwesen viel schneller als durch andere Wege bis in die feinsten Verästelungen der Wirtschaft und gewährleistet dadurch beste Durchblutung. Der Beitrag der öffentlichen kommunalen Bautätigkeit beschränkt sich dadurch nicht nur auf das Baugewerbe im engeren Sinne, sondern dehnt sich über die Baunebengewerbe auf alles andere auch aus, das irgendwie wirtschaftlich mit der Lebenshaltung der gesamten Bevölkerung — weit über die engeren Stadtgrenzen hinaus — zusammenhängt.

Darüber hinaus führt diese Art von Baupolitik nicht nur zu einer zivilisatorisch wünschenswerten Standarderhöhung, sondern beeinflußt auch ungemein stark die kulturelle Sphäre. Eine Bevölkerung, die vollbeschäftigt ist durch das Bauen z. B. von neuen besseren Wohnungen, bewohnt schließlich auch diese. Die Wohnkultur wird im Durchschnitt höher, ein gesteigerter Wohnstandard ist die Folge, der wieder als Umweltfaktor gesellschaftlicher Art von bestimmender Wirksamkeit wird.

Dazu gehört aber noch ein Umstand, der die Aufwendung öffentlicher, gemeinnützig angewandter Steuergelder für Zwecke des gesunden familien- und gesellschaftsgerechten Wohnens mehr als rechtfertigt. Die stadtbiologische Potenz, also die Geburtenfreudigkeit, die in den letzten Jahrzehnten bedenklich absank, kann durch die Erhöhung des Wohnstandards nachhaltig beeinflußt werden. Die negativen Spitzen und das Abgleiten der Geburtenziffer in den einzelnen Familien kann wenigstens zum Teil abgefangen werden und die allgemeine Familienqualität dadurch gesteigert werden. Der gesunden aufbauwilligen Familie wird jedenfalls eine größere Chance gegeben als in Spekulationswohnungen und in Elendsquartieren der Massenwohnviertel früherer Zeitperioden.

Viel bauen und sinnvoll-zweckmäßig bauen bedeutet noch mehr. Nur in dauernder praktischer Betätigung kann eine echte wertvolle Baukultur entstehen; das Geschmacks- und Qualitätsgefühl der breiten Schichten der Bevölkerung, ganz allgemein auch das Gefühl für richtiges und schönes Bauen, das Verständnis für Harmonie von Gefüge und Form kann sich nur aus der täglich geübten Praxis einer Baukultur entwickeln. Nicht nur ein verfeinertes Empfinden für echte ästhetische Werte wird hochgezogen, sondern auch Gefühle und Erkenntnisse für die richtige gesellschaftliche und sozial-kulturelle Struktur. Gerade dies ist einer der wichtigsten natürlichen Wirkfaktoren gegen die Gefahr der Vermassung der Gesellschaft.

Die enorme Vielfältigkeit, in der sich das kommunale Bauwesen von heute manifestiert, findet im öffentlichen Bauprogramm der Gemeindeverwaltung ihren sichtbaren Niederschlag. Nicht nur jährlich rund 6000 Wohnungen sind das Ergebnis, sondern eine Unzahl von Bauaufträgen an Firmen werden erteilt (1953 allein 22.100 Bestellungen bei 3.431 Firmen mit einer runden Kostensumme von 1.032 Millionen Schilling); dies stellt eine breite baukulturelle und bauwirtschaftliche Basis dar, die eine dauernde Aufwärtsentwicklung des Lebensstandards des Wieners erwarten läßt.

Allein die Anzahl der Gruppen von einzelnen Bauvorhaben, die die Gemeindeverwaltung jährlich zu lösen hat, ist in ihrer Mengenordnung schon auffallend und zeigt die große Vielfalt der Aufgaben, wo kommunale Interessen mitwirken: Ein Verzeichnis, in dem nur die wichtigsten Hauptgruppen angeführt sind, zeigt folgendes, wenn auch naturgemäß unvollständiges Bild:

I. Wohnhausbauten:
Wohnhausanlagen,
Siedlungen,
Heimstätten für alte Menschen.

II. Kindergärten:
Permanente Typen,
Pavillontypen.

III. Volks- und Hauptschulen:
Permanent:
a) Hochbautypen,
b) Flachbautypen,
Pavillontypen.

IV. Wohlfahrtsbauten:
Mutterberatungsstellen,
Tbc.-Beratungsstellen.

V. Öffentliche Bäder:
Freibäder,
Hallenbäder,
Kinderfreibäder,
Wat-Rinnen.

VI. Öffentliche Erholungsflächen:
Lagerwiesen,
Parkanlagen,
Kinderspielplätze,
Schulspielplätze,
Aufforstungen.

VII. Sportanlagen:
Übungswiesen,
Sportbauten.

VIII. Krankenanstalten:

Krankenhäuser,
Heil- und Pflegeanstalten,
Schwesternheime.

IX. Kulturbauten:

Stadthalle,
Museum der Stadt Wien,
Ausstellungen,
Baukongresse,
Die Stadt Wien als Mäzen
(Bildende Kunst als Bauschmuck).

X. Verkehrsbauten:

Straßenbau,
Verkehrsplätze,
Unterfahrungen,
Untergehungen,
Brücken- und Hafenbauten.

XI. Versorgungsbauten:

Schlachthöfe,
Speicheranlagen.

XII. Energieversorgung:

Elt-Bauten,
Gas-Versorgung.

XIII. Wasserversorgung:

Leitungs-Großspeicher-Bauten.

XIV. Abfuhren:

Müllabfuhr,
Kanalisation.

XV. Öffentlicher Verkehr:

Straßenbahn,
Stadtbahn,
Autobusse und ihre Bauten.

In den nachfolgenden Kurzdarstellungen werden eine Reihe charakteristischer Bauten veröffentlicht, von denen systematisch das Wissenswerteste des jeweiligen Baues dargelegt wird; diese „Grundlagen-Tafeln" werden eingeleitet durch graphische Darstellungen von Problemen, Tendenzen und Fakten, die allgemeine Grundlagen für die anschließend daran dargestellten baulichen Maßnahmen sind.

Aus der übergroßen Fülle vorhandenen Materiales wurde nur Prinzipielles ausgewählt, das aber ebenfalls wegen des zu kleinen zur Verfügung stehenden Gesamtrahmens natürlich noch lange keinen Anspruch auf Vollständigkeit erhebt.

Über allem aber muß zum Schlusse festgehalten werden, daß für ein organisches und gesellschaftlich richtiges Baugeschehen der *Gedanke der städtebaulichen Planung mit sozialen Vorzeichen* von entscheidender Bedeutung ist; diese muß gestützt werden durch eine moderne Grundlagenforschung auf wissenschaftlicher, sozialstatistischer und soziographischer Ebene und kann nur durch diese erfolgreich entwickelt werden; Stadtplanung soll sich nicht in Teilgebieten erschöpfen, die durch enge bautechnische oder ästhetische Kompetenzen blockiert wird; sie soll eine *komplexe* Planung, eine Gesamtüberschau über alle Gegebenheiten des Stadtkörpers und seiner engeren und weiteren Nachbarschaft sein, die in einen langfristigen städtebaulichen Konzept mündet. Dieses muß ebenso für die Zukunft geeignet sein, wie es ein langfristiges politisches Konzept gibt, das zur Erneuerung und Entwicklung der Gesellschaft dient.

Die gegenwärtig erkannten Grundtendenzen für die notwendigen baulichen Maßnahmen im Wiener Raum führen zum Gedanken eines umfassenden *„Umbaues von Wien"*. Denn: „das bauliche Gefüge des Wien von morgen wird sich, wenn es gesellschaftlich gesund sein soll, von der baulichen Struktur des Wien von gestern ebenso grundlegend unterscheiden, wie sich die Gesellschaft von morgen von der Gesellschaft von gestern grundlegend unterscheiden wird".

Der „Assanierung" umfangreicher Verfallsbezirke kommt dabei eine große politische Gegenwartsaufgabe zu.

Die gesetzliche Vorbedingung für diese, eine ganze Generation währende Aufgabe zur Erneuerung des Wiener Stadtkörpers ist das städtebaulich notwendige „Bodenbeschaffungsgesetz", dessen Zustandekommen alle Anstrengungen der nächsten Jahre gelten müssen, wenn nicht kostbarste uneinbringliche Zeit verloren gehen soll.

Das Langzeitprogramm für den Umbau von Wien aber findet seinen detaillierten Niederschlag in dem

8-Punkte-Programm des sozialen Städtebaues,

das dem Wiener Gemeinderat in der großen Planungsdebatte am 21. November 1952 zugrunde gelegen hatte und das

die große Linie

der Wandlung Wiens in dieser und der nächsten Generation vorzeichnet.

Es lautet:

1. *Die Struktur unseres Wohnungsstandards ist falsch und ist grundlegend zu ändern.*
   Es geht auf die Dauer nicht an, daß mehr als drei Viertel unserer Wohnungen nur aus Klein- und Kleinstwohnungen bestehen — sehr viele von ihnen ohne Vorraum, ohne Wasser, ohne Abort, ohne Licht, Luft und Sonne. Hier muß grundsätzlich Abhilfe geschaffen werden. Der soziale Wohnungsbau muß notwendigerweise zum sozialen Städtebau werden.
2. *Die Arbeitsstätten unserer Bevölkerung müssen mehr und mehr in eine günstigere Lage im Stadtbereich zu liegen kommen.*
   Neue Industrien dürfen nur mehr in den neuen Industriezentren angesiedelt, alte sollen möglichst bald umgesiedelt werden.
3. *Die Überdichte bestimmter Stadtviertel muß verringert und die Stadt systematisch aufgelockert werden.*

Inmitten der Stadt müssen neue Grünflächen entstehen, muß Raum für neue Spiel- und Sportplätze gefunden werden.

4. *Wir müssen dem Gedanken an neue Tochterstädte nähertreten.*

Das Wohnbauprogramm und die Industrieverlagerungen müssen in diese Gesichtspunkte ebenso wie alle Verkehrsplanungen einbezogen werden.

5. *Die Stadt muß eine aktive Bodenpolitik führen,*

die eine zielbewußte Neuanlage größerer geschlossenerer Stadtviertel erlaubt, die neuen sozialen städtebaulichen Erkenntnissen entsprechen.

6. *Die wilden Siedlungen müssen saniert werden.*

Sie sind nicht nur verkappte Elendsquartiere, sondern bedeuten wegen der Unwirtschaftlichkeit ihrer Aufschließung laufend enorme volkswirtschaftliche Verluste! Sie entspringen zum Schaden der Gesamtheit dem Egoismus einzelner weniger.

7. *Dem Wald- und Wiesengürtel wollen wir erhöhten Schutz und gesteigerte Aufmerksamkeit zuwenden.*

Es geht nicht an, daß diese wichtigen Freiflächen durch unzweckmäßige und unerlaubte Verbauung Schritt für Schritt den erholungsuchenden Wienern gestohlen werden! Ein Ausbau der Wiener Schutzgesetzgebung für ihn, aber auch ein gemeinsames Zusammengehen mit niederösterreichischen verantwortlichen Stellen zum Schutze des Wienerwaldes und der Donauauen soll unser stadtplanliches Ziel sein!
„Schach der Versteppung!"

Und endlich:

8. *Dem Gedanken der Landesplanung wollen wir durch Schaffung geeigneter Maßnahmen im Wiener Stadtbereich vorarbeiten,*

damit der Boden von Wien sinnvoll und bestmöglich genutzt werde!

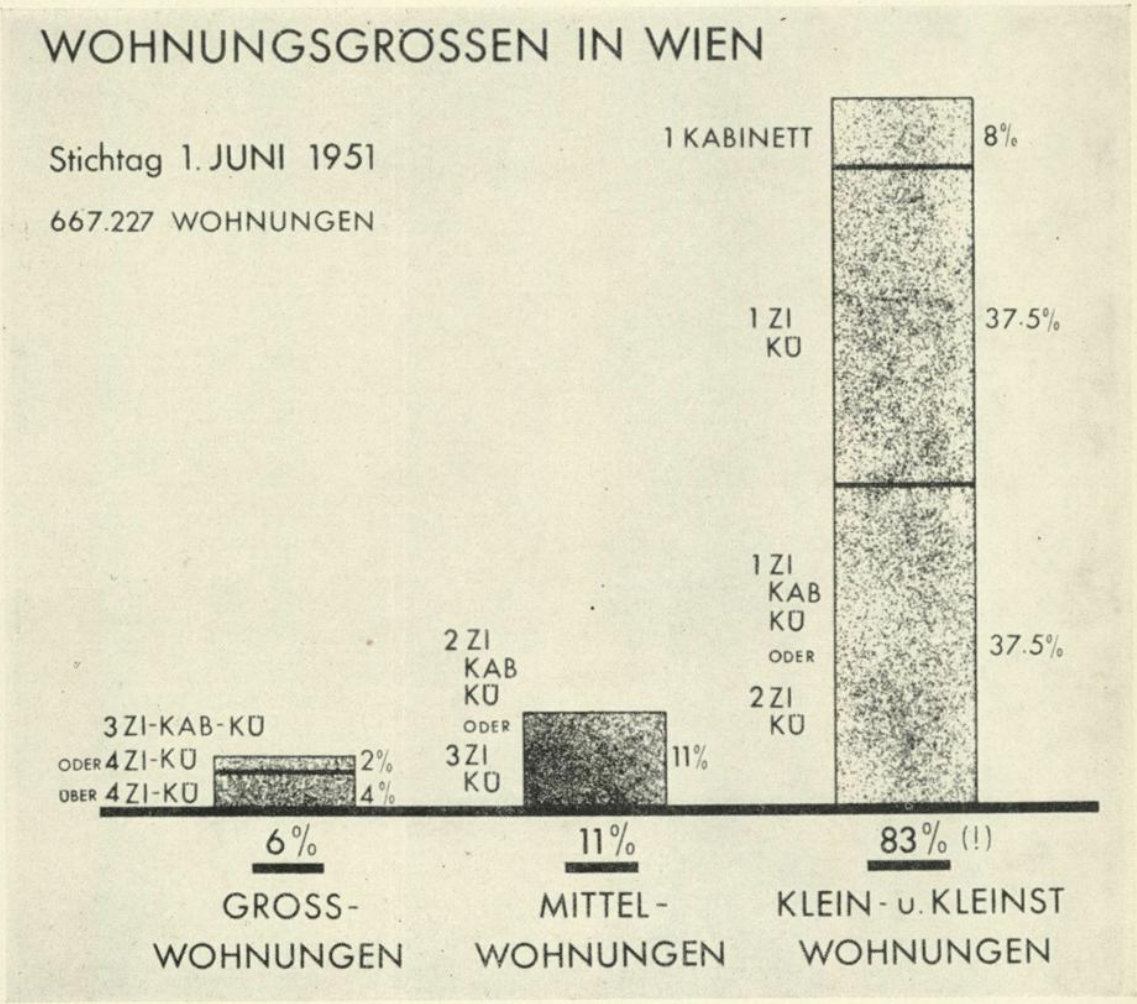
Diese acht Punkte sollen unsere wichtigsten Planziele für die nächsten Jahrzehnte sein, um Wien gesünder, besser und schöner zu machen!

Die Tafeln der Bildbeispiele können auch aus dem Buch herausgetrennt und in einer Mappe gesammelt werden. Weitere Tafeln folgen im nächsten Jahrgang des Handbuches der Stadt Wien.

Teil II

Bildtafeln über Wiener Grundlagen

Das Grundlagenmaterial stammt aus dem Bild- und Filmdokumentenarchiv des Referates III der Stadtbauamtsdirektion Wien (Oberstadtbaurat Architekt Ing. Rudolf J. Boeck)



Die Darstellung zeigt den abnormalen und gesellschaftlich ungesunden Überhang von Klein- und Kleinstwohnungen gegenüber den mittelgroßen bzw. großen Wohnungen: 83 Prozent aller Wiener Wohnungen sind offensichtlich nicht geeignet, als Lebensraum für Familien mit Kindern gewertet zu werden, denn sie bestehen zu rund 8 Prozent (rund 53.000 Einheiten) überhaupt nur aus einem Kabinett ohne sonstige Nebenräume, 37½ Prozent (250.000) haben nur ein Zimmer und eine meist indirekt belichtete Küche und weitere 37½ Prozent (250.000) weisen nur ein Zimmer, ein Kabinett und eine wieder meist nur indirekt belichtete Küche auf.

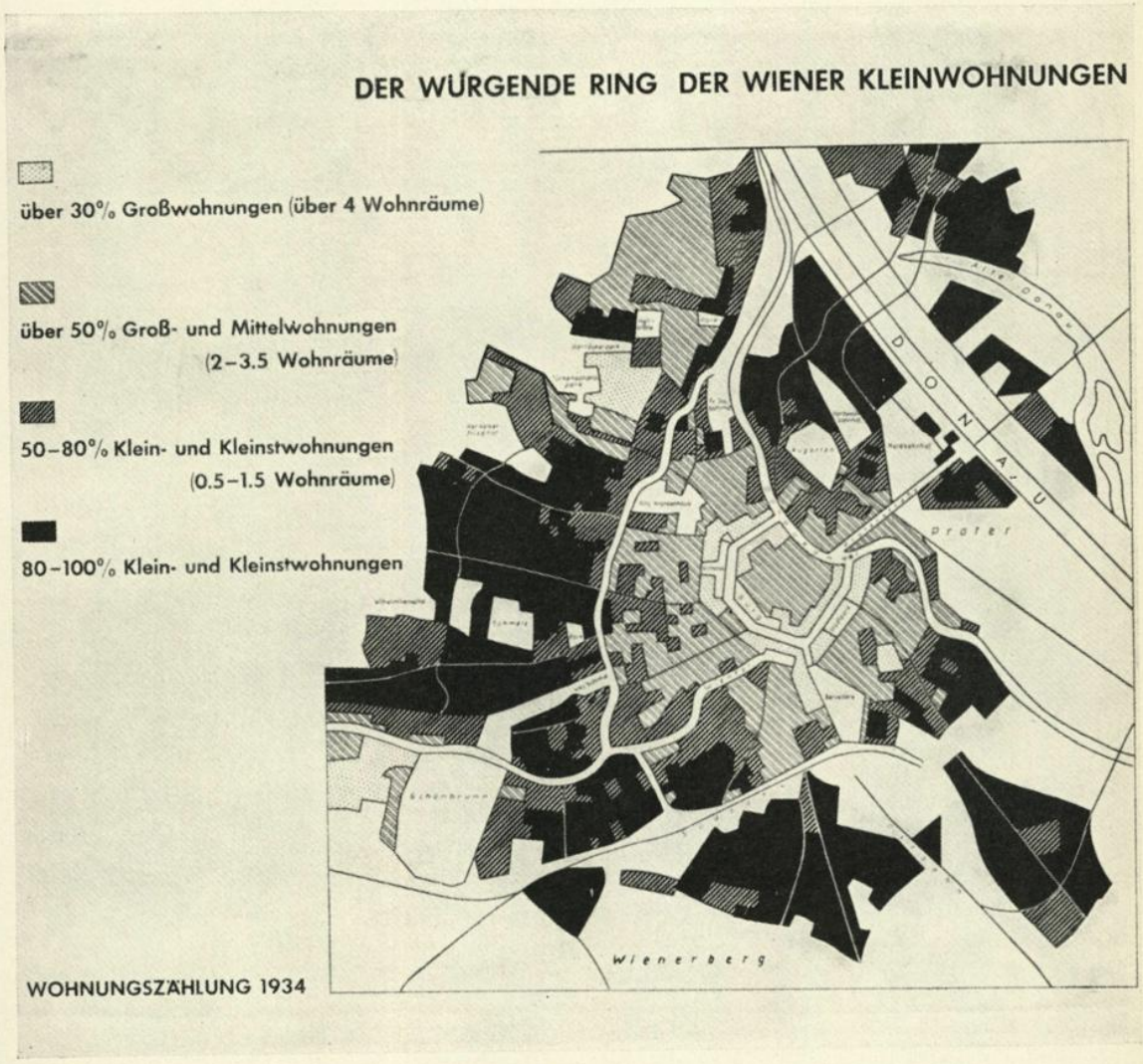
Nur rund 11 Prozent (73.000) sind mittelgroße Wohnungen, die entweder aus einem Wohnzimmer, einem Elternschlafzimmer, einer Kinderschlafkam-

(Bitte wenden!)

mer und einer Küche mit entsprechenden Vorräumen etc. bestehen; solche Wohnungen erst taugen als familiengerecht und gesellschafts-sozial richtig.

Gar nur rund 6 Prozent (40.000) sind Großwohnungen mit mehr Wohnräumen.

Der große Überhang von Klein- und Kleinstwohnungen wird zwar gemildert durch die Tatsache, daß von den 553.000 Einheiten dieser Kategorie jener Prozentsatz, der in den Jahren nach 1918, zum übergroßen Teil als Gemeindewohnungen, erbaut wurde, aus Kleinwohnungsprototypen qualitativ besserer Art bestehen; diese haben Wasser, Strom und Gas sowie WC im Wohnungsverschluß und sind städtebaulich zweckmäßig in modernen Wohnhausanlagen mit genügend sozialem Grün angelegt; aber selbst diese Wohnungstypen eignen sich ja nur bedingt und gleichsam als Provisorium für die Beherbergung einer Familie mit Kindern. Der weitaus größere Teil der Klein- und Kleinstwohnungen jedoch entspricht überhaupt nicht mehr, sowohl städtebaulich, wohnsozial und bautechnisch Lebens- und Wohnbedürfnissen der Gegenwart und ist darum als gesellschafts- und familienfeindlich zu bezeichnen.



Die erstaunliche Tatsache, daß gerade in der sogenannten „Blütezeit Wiens", also in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, nahezu ausschließlich geschlossene Gebietsteile nur in Klein- und Kleinstwohnungen gebaut wurden, wird durch diese Darstellung aufgezeigt: jene Gebiete Wiens außerhalb der „Linie", des Gürtels, die Proletarierbezirke, bestehen zum allergrößten Teil nur aus Klein- und Kleinstwohnungen, und sind darum auch zu gesellschaftlichen Verfallsgebieten geworden: überdicht verbaut, mit Bevölkerungsdichten bis zu 2000 Menschen pro Hektar, statt maximal 500, meistens

(Bitte wenden!)

durch Rasteraufschließung mit einem überdichten, nicht differenzierten Straßennetz versehen, das manchmal allein über 50 Prozent (!) der gesamten Bezirksfläche beträgt. Diese Gebiete (in der Darstellung schwarz) sind Zonen, die sowohl durch ihre ungesunde Gemengelage von Wohnstätten und Fabriken als auch durch das Fehlen des „sozialen Grüns", das nur durch wenige völlig ungeeignete „Beserlparks" vertreten ist, städtebaulich und wohnsozial als völlig unbefriedigend bezeichnet werden müssen.

Ein schrittweiser Umbau dieser Gebiete ist eine gebieterische Forderung der Zeit, der allerdings vorerst in den Altstadt-Kernen begonnen werden muß, die, rein bautechnisch gesehen, weitgehend verfallsreif geworden sind, die aber letzten Endes größenordnungsmäßig nur relativ einen kleinen Teil der familien-nicht-gerechten und wohnsozial ungeeigneten Gebietsteile von Wien ausmachen.

DAS SOZIALE WOHNBAUPROGRAMM DER STADT WIEN – 1954 UND 1955

TYPEN, GRÖSSEN UND PROZENTUALE VERTEILUNG

TYPE	Räume	bis 1953 Fläche	bis 1953 Prozente	ab 1954 Fläche	ab 1954 Prozente (vom kommenden Bauprogramm (1954: 6837 Wohnungseinheiten, 1955: 6500 Wohnungseinheiten)
A	WZ KN, V, B, WC	28m²	20%	**25m²**	**10%**
B	WZ-SZ KN, V, B, WC	44m²	35%	**44m²**	**30%**
B_1	WSZ KN, V, B, WC	—	—	**35m²**	**10%**
B_2	WZ-KÜ V, B, WC	—	—	**35m²**	**5%**
C	WZ-KÜ-ESZ-KSK V, B, WC	—	—	**57m²**	**35%**
C_1	WZ-ESZ-KSK KN, V, B, WC	55m²	20%	—	—
C_2	WZ-KÜ-ESZ-KSK V, B, WC	56m²	15%	—	—
D	WZ-KÜ-ESZ-2 KSK V, B, WC oder (1KSK+1AR)	67m²	10%	**68m²**	**10%**

DURCHSCHNITTLICHE GRÖSSE DER WOHNUNGEN BIS 1953 . . . 47·1m²
ab 1954 . . . 47·7m²

KÜ .. KÜCHE **WZ** .. WOHNZIMMER **WSZ** .. WOHN-SCHLAFZIMMER
ESZ .. ELTERNSCHLAFZIMMER **KSK** ... KINDERSCHLAFKAMMER
KN .. KOCHNISCHE B .. BAD V ... VORRAUM AR .. ARBEITSRAUM

Die in der Tabelle aufgeschlüsselten Wohnungstypen zeigen die Entwicklung auf, welche das soziale Wohnungsbauprogramm der Stadt Wien in den letzten Jahren gegangen ist. Es ist daraus zu sehen, daß die Gemeindeverwaltung bestrebt ist, die durchschnittlich 6500 neuen Wohnungen pro Jahr nach einem wohldurchdachten, differenzierten Normentypenplan zu errichten, die immer mehr den wachsenden Lebensbedürfnissen der Gegenwart angepaßt werden. Vor allem ist an der Tabelle bemerkenswert, daß ab 1954 volle 45 Prozent, also nahezu die Hälfte aller Wohnungen mit ein oder zwei Kinderzimmern ausgestattet sind, daß also das Gemeindebauprogramm

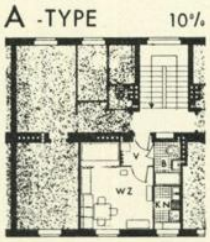
(Bitte wenden!)

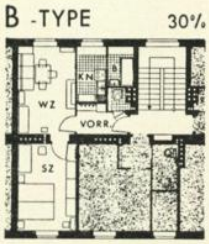
in hohem Maße familiengerecht ist: hier kann eine Familie mit 2 bis 4 Kindern absolut in Ordnung wohnen, wenn sie sozial gesund ist.

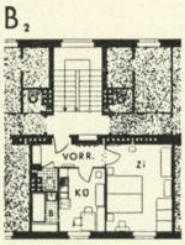
Weiters fällt auf, daß das Wohnbauprogramm seit 1954 deutlich die Tendenz gegenüber den Vorjahren aufweist, von der Wohnküche — in der also gewohnt, gekocht und gegessen wird — möglichst abzugehen und in höherem Maße als bisher Wohnzimmer und Koch-Eßküche voneinander zu trennen, wenn auch verbindungsmäßig nebeneinander zu lassen. (Bis 1953 waren 75 Prozent der Wohnungen des Wohnbauprogrammes mit Kochnischen versehen und nur 25 Prozent mit Eßküchen, ab 1954 sind nur mehr 50 Prozent mit Kochnischen, aber bereits 50 Prozent mit Eßküchen ausgestattet.)

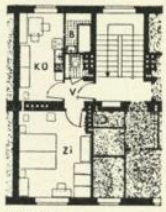
Bemerkenswert ist noch, daß seit 1952 alle Wohneinheiten, ohne Unterschied ihrer Größe, nicht nur wie bisher mit fließendem Kaltwasser, WC und Baderaum ausgestattet werden, sondern, daß auf Grund eingehender Rationalisierungsmaßnahmen alle Wohnungen auch mit fließendem Heißwasser für die Abwasch in der Küche, für das Brausebad und den Waschtisch im Baderaum durch Gasdurchlaufhitzer oder Elt-Speicher ausgerüstet werden.

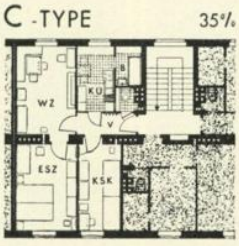
WOHNBAUPROGRAMM 1954 UND 1955

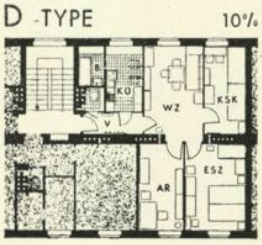












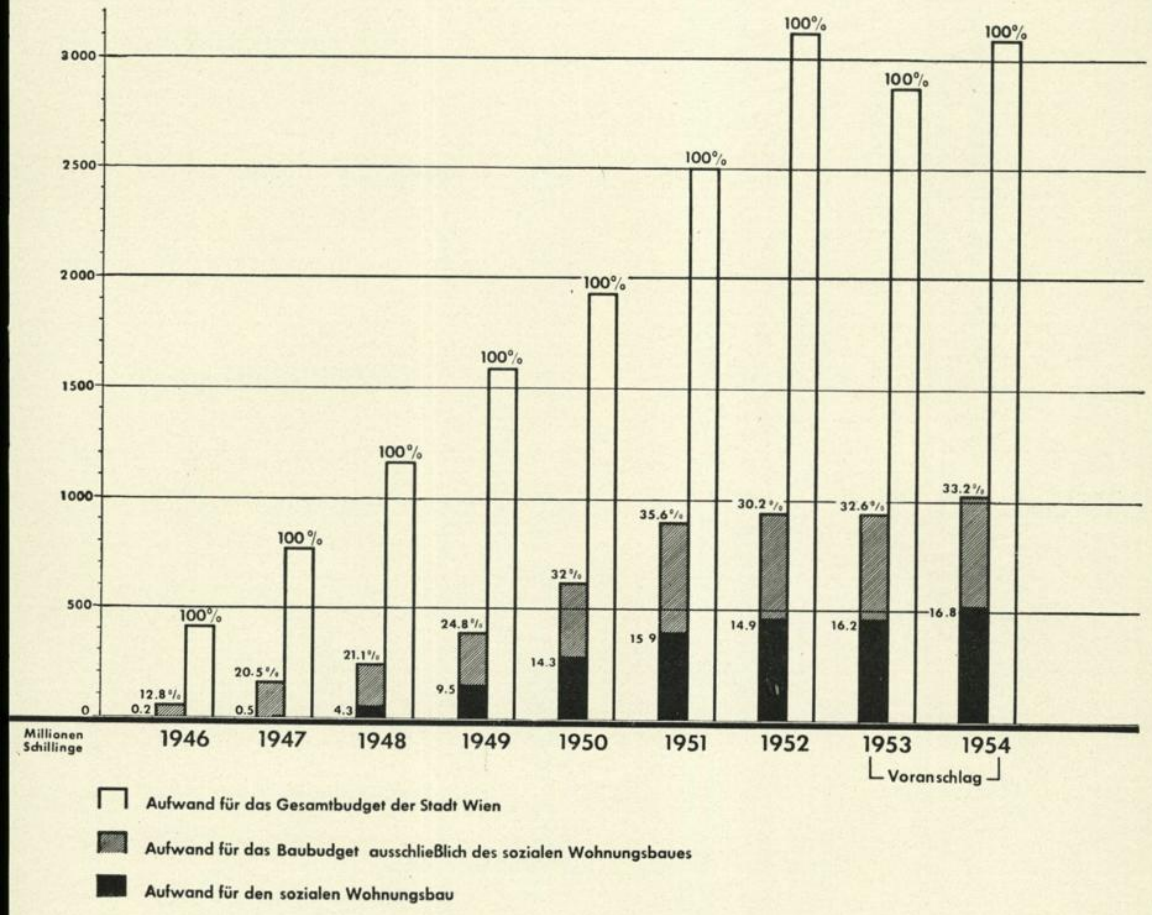
Die dargestellten Pläne stellen graphisch das gleiche dar wie die Tabelle der Grundlagen-Tafeln auf Seite 13, im besonderen kann aus ihr die räumliche Anordnung der einzelnen Wohnungstypen im Nachbarverband ersehen werden und die Möbelstellmöglichkeit, die für die Wohnsozialität und Wohnwirtschaftlichkeit von höchster Bedeutung ist; die dargestellten Möblierungsbeispiele sind an Hand moderner Möbeltypen, wie sie etwa die SW-Möbelaktion (Stadt Wien — Arbeiterkammer) liefert, dargestellt. Die D-Type ist hier nicht mit 2 Kinderschlafzimmern möbliert, sondern als Intellektuellen-Typ, der ein Kinderzimmer und ein Arbeitszimmer enthält und wie er im Durchschnitt auch dem geistigen Arbeiter entspricht.

(Bitte wenden!)

Auf die Lage des Badezimmers hinter der Küche (und nicht beim Schlafzimmer) wird besonders aufmerksam gemacht: eine solche Anordnung entspricht wohntechnisch viel mehr den Wünschen der Hausfrau mit Kindern, die dadurch einen Pufferraum zwischen Bad und Wohnraum erhält; außerdem ist die Küche auch eine zusätzliche Wärmequelle für das Bad. Installationstechnisch stellt es zudem durch die Zusammenlegung der Leitungen eine bedeutende Ersparnis dar. Auf direkte Belichtung des Bades wurde bewußt verzichtet, da für genügend Lüftung durch den Ventilationskamin ausreichend gesorgt ist und Fenster im Bad nur eine unnötige Abkühlfläche bedeuten.

Die normale Gliederung von Wohnungen pro Stiegenhaus geschieht in den meisten Fällen in Form von Dreispännern. Individuelle Ofenheizung ist überall vorgesehen; Etagenheizung, Zentralheizung, Block- oder Bezirksheizung gibt es noch nicht.

PROZENTANTEIL DER BAUAUSGABEN AM HAUSHALTPLAN DER STADT WIEN



Die Gegenüberstellung erlaubt einen Vergleich der Gesamtausgaben für das Bauwesen der Stadt Wien mit dem Haushaltplan der einzelnen Jahre nach 1945. Die Jahre 1953 und 1954 sind in den Werten auf Grund des Voranschlages, die Jahre vorher auf Grund der effektiven Erfolge dargestellt: 1953 und 1954 liegen aber in Wirklichkeit über den Voranschlagswerten.

Es ist bemerkenswert, daß der Bauaufwand prozentual mit Ausnahme von 1952 stetig im Steigen begriffen ist, wobei zu berücksichtigen ist, daß es sich dabei nicht um Steigerungen aus preislichen Gründen handelt, sondern um Relationswerte zum Gesamtbudget der Stadt. Der Aufwand für den sozialen Wohnungsbau beträgt daher rund ein Sechstel aller Steuern, die die Gemeindeverwaltung einhebt,

(Bitte wenden!)

der gesamte Bauaufwand, in dem auch die Neubauten von Kindergärten, Schulen, Großbauten wie Stadthalle, Museum der Stadt Wien, Leitungs-Großspeicher für die Wasserversorgung, Brücken- und Hafenbauten enthalten sind, beläuft sich auf mehr als ein Drittel des Gesamtbudgets.

Es ist natürlich, daß eine derartige öffentliche Investitionstätigkeit, die ausschließlich in die Wirtschaft zurückfließt und die ohne Anleihe-Spesen arbeitet, stärkste Wirtschaftsimpulse bewirken muß und daß sie umso wirtschaftlicher wirkt, je schneller der Umsatz erfolgt.

Die Schwer- und Schwerst-Zerstörungen in Wien 1945

Die theoretische Zerstörungsfläche 1945

Schwarze Flächen stellen Zerstörungen über 50 Prozent des Bauwertes dar

(Bitte wenden!)

Die in Wien 1944/45 zerstörten Gebietsflächen sind in der Tafel oben dargestellt; sie stellen jene Zerstörungen dar, deren Zerstörungsgrad mehr als 50 Prozent des Bauwertes betragen; Zerstörungen unter diesem Prozentsatz wurden nicht dargestellt, da ein totaler Wiederaufbau (Neuaufbau) nicht notwendig schien.

Die untere Tafel zeigt (theoretisch und schematisch) die Größenordnung der Schwer- und Schwerstzerstörungen, die auf der Tafel oben dargestellt sind, verglichen mit der Fläche von Wiener Gemeindebezirken innerhalb des Gürtels. Es zeigt sich, daß diese theoretische Zerstörungsfläche gleichkommt der Fläche der Bezirke I, IV, V, VI, VII, VIII und des halben IX. Bezirkes.

Wiederaufbautechnisch und strukturell-städtebaulich ergibt sich daraus das Problem, daß einerseits die Zerstörungen am Stadtkörper so verstreut liegen, daß große Flächenzerstörungen nicht vorkommen, die die völlige Neuanlage von ganzen Stadtvierteln ermöglicht hätten, daß andererseits aber die Zerstörungen doch so umfangreich gewesen sind, daß daran nicht ohne besondere städtebauliche Überlegungen vorübergegangen werden konnte. Nur dort, wo Flächenzerstörungen größeren Ausmaßes, wie im Prater, eingetreten sind, konnten auch Neuplanungen vorgenommen werden.

Der Wiederaufbau der öffentlichen Sphäre in Wien kann im wesentlichen als abgeschlossen und geglückt angesehen werden; auch die zerstörten Gemeindewohnungen sind unter Heranziehung des Wiederaufbaufonds wieder restlos aufgebaut worden.

Altbezirksviertel mit regelloser und fehlentwickelter Struktur

Prototyp: XX — Jägerstraße

Vorgeschichte und heutiger Zustand:

Durch die Donauregulierung in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wurde dieses Gebiet von Grund auf mit einem Schlage verändert.

Die alten Siedlungsreste, wie auf dem Foto, wurden von spekulativer Bebauung überwuchert und mußten schließlich von innen heraus und aus eigener wirtschaftlicher und stadtbiologischer Schwäche, vor allem durch widmungsfremde Nutzung, Änderung des bevölkerungsmäßigen und nationalökonomischen Gefüges etc., von selbst degenerieren.

Der heutige Zustand: Absteigendes, kleingewerbliches Wohngebiet zwischen vollausgebauten Straßen mit allen Einbauten (Straßenbahn, Wasser, Kanal, Gas, Licht); ungemein locker besiedelt (nur 75 Einwohner pro Hektar); trotzdem kommt diese an sich wünschenswerte lockere Besiedlung wegen der ungeordneten Nutzung niemanden zugute.

Kontrast: Die Besiedlungsdichte der nächsten Bezirksumgebung beträgt 750 (!) Einwohner pro Hektar!

(Bitte wenden!)

Notwendige städtebauliche Maßnahmen:

a) Liquidierung des ganzen Viertels und neue Aufschließung mit dem städtebaulichen Ziel, einen Ausgleich in den Bebauungs- und Besiedlungsdichten zu erreichen.

b) Einleitung des Umlegungsverfahrens auf Grund der neuen Struktur.
Dieser Boden gehört in die öffentliche Hand!

c) Schrittweise Durchführung der sanitären und baulichen Bereinigung auf Grund eines Zeit-, Finanzierungs- und Aufbauplanes.

Alt-Wiener Wohnviertel, verbaut und niedergewohnt

Prototyp: XVI — Ottakringer Straße

Vorgeschichte und heutiger Zustand:

Als „Altbürgerhaus" im 18. und 19. Jahrhundert auf abgewirtschafteten ländlichen Gebieten mit teilweise ländlicher Nutzung entstanden; allmähliche Veränderung dieser Nutzung durch Änderung der Wirtschaftsverhältnisse und Überbauung der Umgebung anläßlich der Entwicklung Wiens zur Großstadt zur Zeit der industriellen Revolution.

Verengung der ursprünglich freien Höfe durch Hintertrakte, Seitengebäude, Schuppen, Werkstätten und Betriebe aller Art, Entstehung von Feuermauern an den seitlichen Grundstücksgrenzen; dadurch sanitär schlechte Verhältnisse und ein unerwünscht höherer Überbauungsgrad bei trotzdem unverhältnismäßig geringer Besiedlungsdichte.

Notwendige städtebauliche Maßnahmen:

a) Einheitliche Sanierung des Gebietes (nebst vielen anderen ähnlichen in Wien) durch Festlegung einer grundsätzlich neuen Struktur.

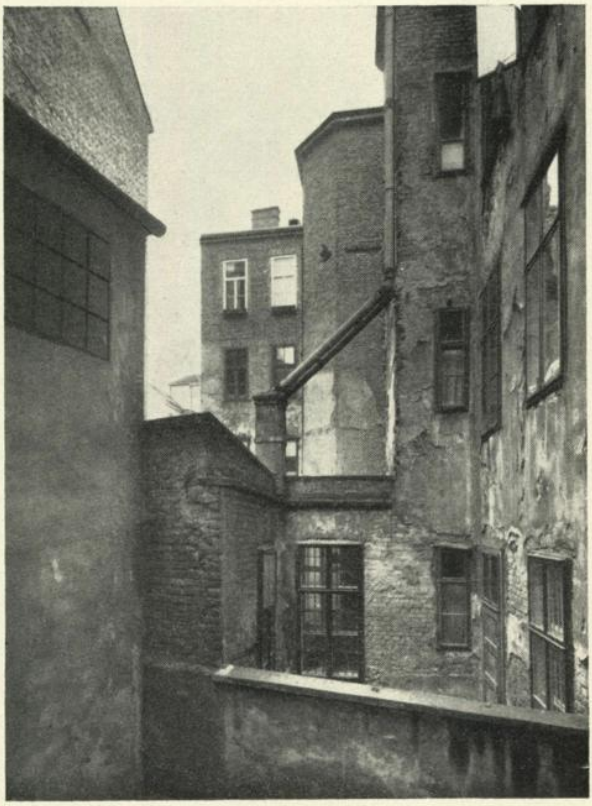
(Bitte wenden!)

b) Schrittweise Verwirklichung des neuen Bebauungsgrades durch Entkernung, Ordnung der gewerblichen Betriebe und etappenweise bauliche Sanierung des Althausbestandes.

c) Einleitung des Umlegungsverfahrens, um dort, wo Zusammenlegungen notwendig sind, diese auch wirklich durchführen zu können.

Spekulationsviertel der Gründerzeit mit Fehlstruktur von Haus aus

Prototyp: XX — Wallensteinstraße



Vorgeschichte und heutiger Zustand:

Durch die Donauregulierung in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts verschwindet der Ort „Zwischenbrücken"; auf jungfräulichem Gebiet entsteht durch Grundstück- und Bauspekulation im Zuge völlig neuer Aufschließungen mit der Tendenz möglichster Ausschrotung von Grund und Boden ein neues großstädtisches Stadtviertel, um möglichst hohe Renditen zu erlangen.

Heute: Reines Wohngebiet mit 85 bis 100% (!) Bebauung der Grundstücke. Außerordentlich kleine Parzellen, Überbauung ungemein dicht und abnorm hoch: der erforderliche Lichteinfall in Höfe und zu den Hauptfenstern kaum oder gar nicht gesichert.

Besiedlungsdichte: 700 bis 800 Einwohner pro Hektar!

Vollständige Aufschließung durch Straße, Wasser, Kanal, Gas, Licht; innerhalb der Wohnungen nur wenige Installationen.

Anzahl der Klein- und Kleinstwohnungen im Strukturbild: 85 bis 100%!

(Bitte wenden!)

Notwendige städtebauliche Maßnahmen:

a) Innere Sanierung der Wohnobjekte durch Einleitung von Installationen in jede Wohnung und Zusammenlegung von Kleinstwohnungen zu größeren Wohnungseinheiten (nur teilweise möglich).

b) Striktes Verbot einer weiteren Überbauung der verbleibenden Hinterhöfe durch gewerbliche Betriebe, damit die ohnehin schlechten Belichtungsverhältnisse der unteren Wohnräume nicht noch mehr verschlechtert werden.

c) Entkernung bereits bestehender Verbauungen in den Hinterhöfen (Niederlegung von Hintertrakten).

d) Festlegung einer neuen Struktur und der Zonung mit einschneidender Tendenz zur Auflockerung und zur Schaffung breiter Grünflächengebiete: „Es muß nicht immer dort, wo ein Zinshaus einmal stand, für alle Ewigkeit ein solches stehen!" Anordnung von Kinderspielplätzen und Geschäftseinrichtungen (Gemeinschaftszentrum etc. zur Schaffung neuer gesellschaftlicher Schwerpunkte).

Spekulationsviertel der Gründerzeit mit städtebaulicher Fehlstruktur, die auf Mängel im Bodenrecht zurückzuführen sind

Prototyp: VI — Dürergasse

Vorgeschichte und heutiger Zustand:

Die ursprüngliche Randbebauung durch eine falsche Bauordnung der Hinterhöfe sosehr in der Spekulationsperiode eingeengt, so daß diese Übermassierung zustandekommen konnte.

Die Gesamtstruktur dieses Viertels ist typisch für die ganze Entwicklung der Stadt in der späten Gründerzeit: die Tendenz nach möglichst hoher Ausnützung von Grund und Boden, die sich durch überhohe Wohnungsanzahl und abnormen Überbauungsgrad kennzeichnet:

5- bis 7-geschossige Bebauung auf besonders kleinen Parzellen, Vernachlässigung des notwendigen Lichteinfalles und Verlust aller Freiflächen.

Besiedlungsdichte 900 bis 1100 (!) Einwohner pro Hektar.

Klein- und Kleinstwohnungen überwiegen.

(Bitte wenden!)

Notwendige städtebauliche Maßnahmen:

a) Innere Sanierung der Wohnungen durch Vergrößerung und Zusammenlegung von Kleinwohnungen und Einbau von Installationen innerhalb des einzelnen Wohnungsverbandes.

b) Entkernung der Hinterhöfe.

c) Festlegung innerer Baufluchtlinien, um neuerliche Verbauung der entkernten Hintertrakte zu verhindern.

d) Maßnahmen, um möglichst große Gebiete in öffentlichen Bodenbesitz überzuführen.

Unterbrochene Baufluchtlinie, Verkehrsengen

Prototyp: XVI — Friedrich Kaiser-Straße

Vorgeschichte und heutiger Zustand:

Die Festlegung von „Zonen", die z. B. 4-geschossige Bauten für bestimmte Stadtteile vorschreibt, mußte naturgemäß einen größeren Abstand der Hausfronten bedingen, als ursprünglich vorgesehen war, denn nur auf diese Art konnte die halbwegs ausreichende Belichtung der Gassenfronten sichergestellt werden.

Eine systematische Verbreiterung von Wiener Straßen, wie sie um die Jahrhundertwende vorgesehen war, blieb aber mit Ende des ersten Weltkrieges stecken und hat niemals mehr tiefergreifende Fortsetzung gefunden.

Für den modernen Straßenverkehr bedeuten heute aber die verbliebenen Einengungen, die durch alte Wohnhäuser, die jetzt vor der Baufluchtlinie stehen, ganz gefährliche unübersichtliche Engpässe und Verkehrsfallen.

Im Stadtbild zeigt sich dieser Übelstand an Hunderten von Stellen besonders deutlich.

(Bitte wenden!)

Die „alten" Wohngebiete wurden durch die Großstadtentwicklung Wiens überbaut und gleichsam überrollt: dadurch bestehen oft zwei „Regulierungsschichten" nebeneinander — eine alte und eine jüngeren Datums. Die letztere stammt in vielen Fällen auch noch aus der Zeit vor dem ersten Weltkrieg. Die Folge davon ist die böse „Verzahnung" von alten und neuen Straßenfronten, besonders in alten und mittelalten Stadtvierteln.

Notwendige städtebauliche Maßnahmen:

Die wirkungsvollste und am schnellsten zum Ziel führende Maßnahme zur Bereinigung ist hier der Aufkauf der alten, vorspringenden Objekte und die Errichtung moderner Wohnbauten unter Beachtung aller stadtsanitären und städtebaulichen Notwendigkeiten.

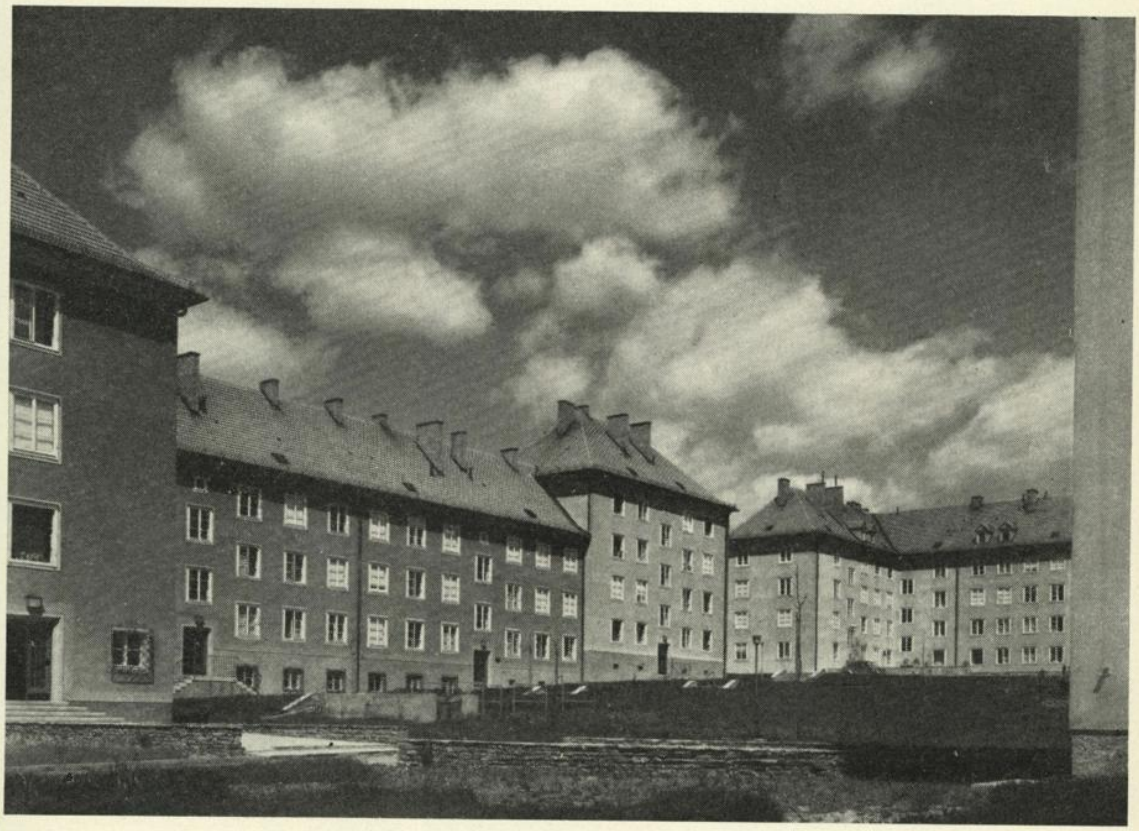
Sollte der bisherige Besitzer nicht in der Lage sein, eine Sanierung durchzuführen, so muß von Gesetzes wegen dafür gesorgt werden, daß unter Umständen Dritte diese Sanierung, selbstverständlich gegen angemessene Entschädigung des ursprünglichen Besitzers, durchführen können.

Teil III

Bildbeispiele aus dem Bauschaffen der Stadt Wien

Der Hugo Breitner-Hof

Bezirk: XIV — Rudolfsheim, Linzer Straße 299



Kurzdaten:

Verkehrsanschluß vom Rathaus: Alle Ringlinien bis Babenbergerstraße, Linie 52 oder alle Ringlinien bis Bellaria, Linie 49 bis Baumgartner Spitz — Deutschordensstraße.

Erbauungsjahre: Grundsteinlegung: 7. Juli 1949
Eröffnung: 15. Oktober 1954

Architekten:

Dr. Erwin Fabrici,
Dipl.-Ing. Georg Lippert,
Dipl.-Ing. Fritz Purr,
Dipl.-Ing. Paul Widmann.

Umfang: Gesamtareal: 16.3 ha
Verbautes Areal: 2.7 ha (16.7 %)

(Bitte wenden!)

Anzahl der Wohnungen:

1144 Einheiten in 131 Stiegenhäusern
28 Geschäftslokale
13 Werkstätten.

Wohnungstypen:

148 Wohnungen nach Type A: Wohnzimmer mit Kochnische, Bad, Vorraum, WC, 25 m²

569 Wohnungen nach Type B: Wohnzimmer mit Kochnische, Schlafzimmer, Bad, Vorraum, WC, 48 m²

319 Wohnungen nach Type C (alt): Wohnzimmer, Kochküche, Elternschlafzimmer, Kinderschlafzimmer, Bad, Vorraum, WC, 56 m²

108 Wohnungen nach Type D (alt): Wohnzimmer, Kochküche, Elternschlafzimmer, Kinderschlafzimmer, Bad, Vorraum, WC, 57 m²

Gesamtbaukosten: rund 92 Millionen Schilling
Miete: monatlich pro m² Wohnfläche S 1.67
(S 1.— Miete, S 0.25 Grundsteuer, S 0.42 Betriebskosten)

28 Geschäftslokale,
12 Werkstätten,
4 Straßenreinigungsdepots,
1 Kindergarten,
1 Kinderhort.

Allgemeines:

Der „Hugo Breitner Hof" wurde zum Andenken an den weit über die Grenzen Österreichs hinaus bekannten ehemaligen Finanzreferenten der Stadt Wien benannt.

Er ist die größte Wohnhausanlage in geschlossenem Wohnblocktyp aus der Zeit nach dem zweiten Weltkrieg.

An seiner Stelle befand sich von 1916 bis 1949 ein ehemaliges Militärbarackenlager, in dem in den letzten Jahrzehnten Wohnungen und Fabriksbetriebe in sehr schlechter Gemengelage beisammen lagen; der Hugo Breitner Hof ist also ein Assanierungsbau größten Ausmaßes.

Seine städtebauliche Lage nahe der westlichen Bahneinfahrt von Wien stempelt ihn zu einem Repräsentationsbau des sozialen Wohnungsbaues des Wiens der Nachkriegszeit. Die einzelnen Baukörper sind aber nicht in der jetzt in Wien gebräuchlichen Zeilenbauweise angelegt, sondern in großen hufeisenartigen Hofgruppen, die, dem Gefälle nach Süden folgend, in der Stockwerkzahl ebenfalls absinken: durchschnittliche Stockwerkanzahl der nördlichen Bauteile 4 Geschosse, die südlichen 3 und 2 Geschosse. Inmitten der Hufeisenanlagen befinden sich reichliche Grünflächen in Parkcharakter.

Städtisches Wohnhaus

Bezirk: XVI — Ottakring, Degengasse 7

Kurzdaten:

Verkehrsanschluß vom Rathaus: Alle Ringlinien bis Bellaria, dann Umsteigen in Linie 46.

Erbauungsjahr: Beginn: Juni 1949.
Fertigstellung: Juni 1950.

Entwurf: Architekt Z. V. Karl Votak.

Umfang: 16 Wohnungseinheiten.

Wohnungstypen:

3 Wohnungen nach Type A (25 m²),
10 Wohnungen nach Type B (35 m²),
3 Wohnungen nach Type C (68 m²).

Miete: monatlich per m² Wohnfläche S 1.67
(S 1.— Miete, S —.25 Grundsteuer,
S —.42 Betriebskosten).

(Bitte wenden!)

Allgemeines:

Das städtische Wohnhaus Degengasse 7 ist ein typisches Beispiel im sozialen Wohnbauprogramm der Stadt Wien, wie die vielen bisher nicht genützten Baulücken im Wiener Stadtkörper durch ein modernes kleines Miethaus geschlossen werden können.

Der Vorteil liegt darin, daß nicht nur eine vernünftige Abrundung des bisher oftmals häßlich zerrissenen Stadtkörpers möglich wird, sondern daß gleichzeitig auch billig gebaut werden kann, weil die Straßenaufschließung bereits vorhanden ist und Gas, Wasser, Strom und Kanal nicht eigens gebaut werden müssen; damit ist aber auch eine wesentliche Zeitersparnis beim Bau verbunden.

Daß der Prozentsatz der Verbauung einer Baulücke bei Bauten der Stadtverwaltung naturgemäß sehr gering ist, um genügend Licht, Luft und Sonne den Bewohnern zu gewährleisten, ist eine Selbstverständlichkeit.

Die „Kongreß-Siedlung"

Bezirk: XIII — Hietzing, Lainzer Tiergarten

Kurzdaten:

Verkehrsanschluß vom Rathaus: Ring, Straßenbahnlinie 62 bis Hermesstraße.

Erbauungsjahre: In zwei Bauteilen von 1950 bis 1953. Eröffnung: 20. Juni 1953 anläßlich des Internationalen Städtekongresses in Wien.

Architekten:

1. Teil: Professor Dr. Karl Kupsky,
Professor Dr. H. Pfann,
Dipl.-Ing. Karl Brandner.

2. Teil: Magistrats-Abteilung 19 — Architektur:
Frau Arch. Edith Lessel.

(Bitte wenden!)

Umfang: Gesamtareal: 3 ha, überbautes Areal: 8400 m² = 27% der Gesamtfläche.

Anzahl der Wohnungen:

257 Einheiten, davon
54 „ mit 25 m²,
83 „ „ 45 m²,
89 „ „ 56 m².

Sozialeinrichtungen in der Siedlung:

26 Wohnungen für alte Menschen (s. d.),
1 Geschäftszentrum mit Konsum, Milchgeschäft usw.

Allgemeines:

Typische Klein-Nachbarschaftsplanung für das soziale Wohnbauprogramm der Stadt Wien nach 1945.

Sehr gute, einfache und ansprechende städtebauliche Anlage, in der die Flächen des sozialen Grüns, im besonderen ruhige Spielräume für die Kinder, hervorstechen.

Besonders erwähnenswert: Zweite Nachbarschaft der Stadt, die mit einer eigenen Heimstätte für alte Menschen ausgestattet ist.

Die Anlage ist charakteristisch für den Versuch, durch Abkapselung einer schlecht gelösten wilden Siedlung im ehemaligen abgeholzten Forstbereich des Lainzer Tiergartens ein langsames Zurückdrängen der unguten baulichen privaten Bauentwicklung zu erreichen. Diese Methode ist gut geeignet zur dauerhaften Bekämpfung und zur Verhinderung weiteren Ausbreitens wilder Siedlungen.

Ausführung der normalen Wohnungstypen wie im übrigen Wohnbauprogramm der Stadt Wien:

Ein geglückter Versuch, die Reste eines sehr seltenen, uralten pannonischen Eichenwaldbestandes zu schützen und zu retten und gleichzeitig große Baumgruppen als architektonische Elemente zu verwenden.

Die Heimstätte für alte Menschen in der Kongreß-Siedlung

Bezirk: XIII — Hietzing, Lainzer Tiergarten

Kurzdaten:

Verkehrsanschluß vom Rathaus: Ring, Straßenbahnlinie 62 bis Hermesstraße.

Erbauungsjahr: 1952 bis 1953 (siehe auch unter Kongreß-Siedlung!). Eröffnung: 20. Juni 1953 anläßlich des Internationalen Städtekongresses in Wien.

Architekten: Magistrats-Abteilung 19 — Architektur: Frau Arch. Edith Lessel.

Umfang: 26 Wohnungen für alte Menschen (Ehepaare oder alleinstehende Personen). Pro Wohnung rund 28 m² Wohnfläche.

Miete pro Wohnung: S 1.67/m²/Monat.

Typenform: Ebenerdige Einraum-Wohnungen in geschlossener Hofform mit Schlafnischen, Kochnischen, Abstellraum, Speisekammer und Vorraum; ein überdachter Korridor und angenehme Sitz-

(Bitte wenden!)

gruppen in den gärtnerischen Anlagen; Waschküche und Platz für einen Sozialfürsorger.

Allgemeines:

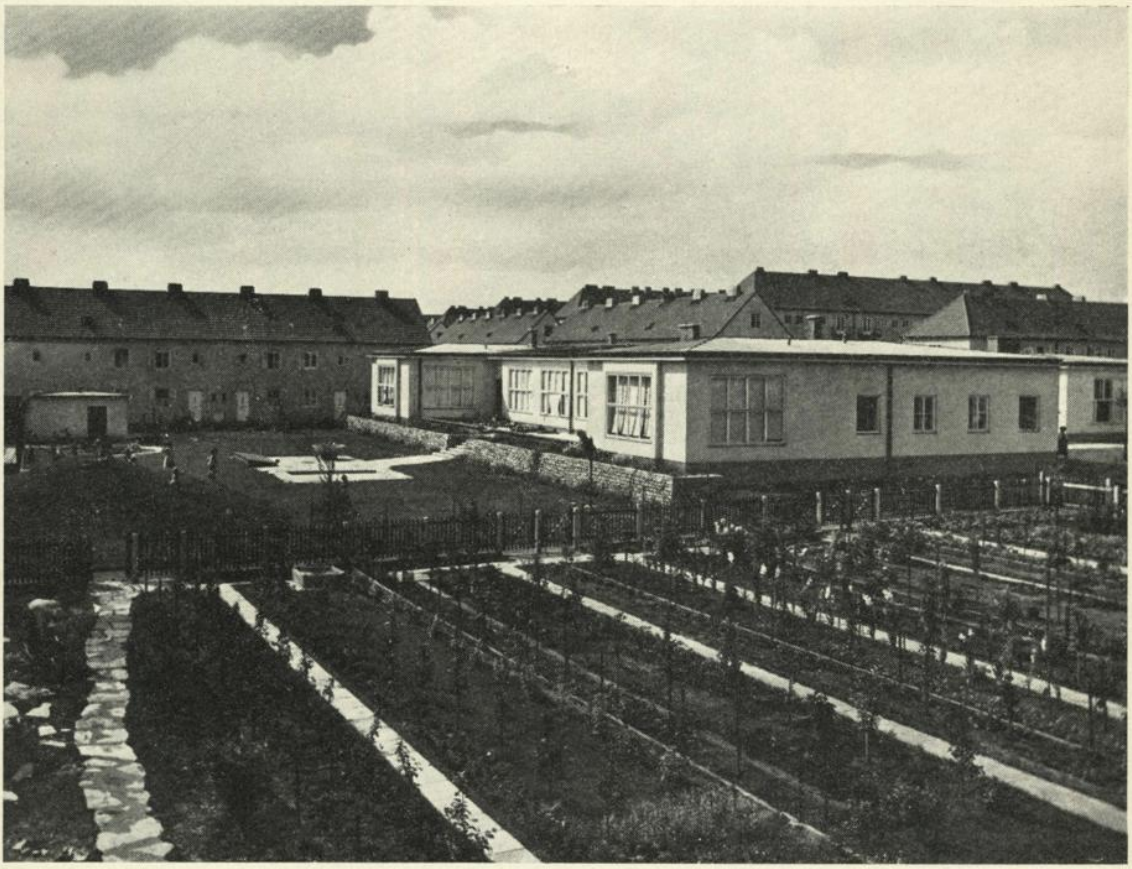
Die Tatsache, daß infolge der ansteigenden Vergreisung der Bevölkerungsstruktur immer mehr alte Menschen immer mehr Wohnraum durch immer längere Jahre blockieren, obwohl dieser für ihren Lebensabend zu groß und unbequem ist, zwingt zu Maßnahmen, eine für viele alte Menschen eigene, für ihren Lebensrhythmus passende Wohnform zu schaffen, die ihnen weitreichende Selbständigkeit garantiert, die sie aber auch nicht in die Masseninstitution des landläufigen „Versorgungshauses" zwingt, wo sie, abseits von der übrigen menschlichen Gemeinschaft, gesellschaftlich verkümmern.

Die Heimstätte für alte Menschen, mitten in einer lebendigen, gesunden Nachbarschaft liegend, sichert den Alten ihr wohnkulturelles Niveau, ihre Mitsprache in der Gesellschaft, worauf sie ein Anrecht haben, und die soziale Funktion der Altgeneration, sich um die jüngste Generation, die Kinder der Siedlung, freiwillig kümmern zu dürfen.

Der Vorteil dieser Einrichtung für alle liegt darin, daß die alten Menschen nicht der Wohlfahrtspflege in einer eigenen Großinstitution zur Last fallen und teuer befürsorgt werden müssen, sondern daß sie selbst noch sehr aktiv an der Betreuung ihrer eigenen Heime teilnehmen können.

Der Kindergarten in der Per Albin Hansson-Siedlung

Bezirk: X — Favoriten, Per Albin Hansson-Siedlung



Kurzdaten:

Verkehrsanschluß vom Rathaus: Alle Ringlinien bis Oper, umsteigen Linie 67, umsteigen Linie 167.

Erbauungsjahre: 1950/51.
Eröffnungsdatum: 5. August 1951.

Architekt: Arch. Z. V. Maria Tölzer.

Anzahl der Gruppen:

3 Kindergartengruppen für Kinder von 3 bis 6 Jahren, je Gruppe 30 Kinder.

1 Kinder-Krippe für Kinder von 1 bis 3 Jahren; die Gruppe für 25 Kinder.

Typenspielplatz enthält: Rasenfläche als Auslauf mit schwedischem Klettergerüst, Planschbecken, Liege-

(Bitte wenden!)

pritschen, Pritscheltisch mit Springbrunnen, Sandspielplatz mit Gatschmulde, Brauseanlage mit Wasserbehälter für Sonnenerwärmung, Klosettanlagen, Spielhügel, Blumenbeete und Bäume.

Gesamtbaukosten: 1,7 Millionen Schilling.

Allgemeines:

Der Kindergarten liegt im Herzen der Per Albin Hansson-Siedlung, einer typischen Nachbarschaftsplanung für das soziale Wohnbauprogramm der Stadt Wien nach 1945.

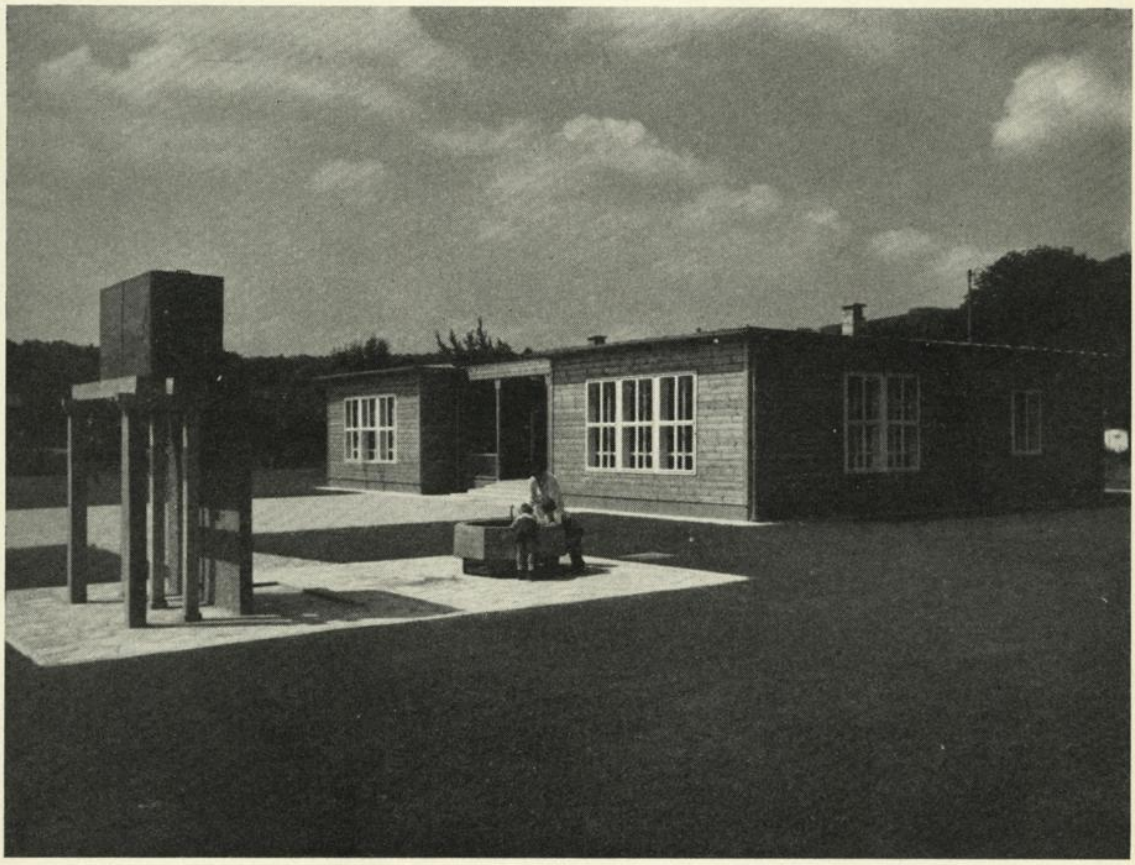
Seine Funktion in der Siedlung, die auffallend kinderreich ist, liegt vor allem darin, daß er denjenigen Kindern, deren Mütter ebenso wie die Väter im Berufsleben stehen, Sicherheit vor den Gefahren der Straße, eine liebevolle Betreuung in pädagogischer und ärztlicher Hinsicht und eine wohlgepflegte kulturvolle Umwelt gewährleistet.

Gewisse prinzipielle Forderungen, die als Prototyp baulich hier entwickelt wurden, wie Spielplatzelemente usw., sind in diesem Kindergarten besonders herausgearbeitet worden.

Der Gedanke der Kinderkrippe für Kleinkinder von 1 bis 3 Jahren in bewußter Koppelung mit dem Normalkindergarten, jedoch mit eigenem Zugang und Kinderwagengarage, wurde hier besonders überlegt zur Realisierung gebracht.

Der Kindergarten der Stadt Wien im Auhof

Bezirk: XIII — Hietzing



Kurzdaten:

Verkehrsanschluß vom Rathaus: Ring — Bellaria, Linie 49 bis Hütteldorf, Autobus Richtung Purkersdorf (Haltestelle Badgasse).

Erbauungsjahr: 1951.

Architekt: Mag.-Abt. 26,
SR. Dkfm. Dipl.-Ing. Dr. Franz Schönthan.
Dr. Franz Schönthan.

Anzahl der Gruppen: 2.
Anzahl der Kinder je Gruppe: 27.
Baukosten: S 475.000.—.

Allgemeines:

Die Entwicklung von Typen nicht-permanenter, also gegebenenfalls vertragbarer Kindergärten hat sich darum als notwendig und zweckmäßig erwiesen, weil in vielen Stadtgebieten, vor allem am Stadt-

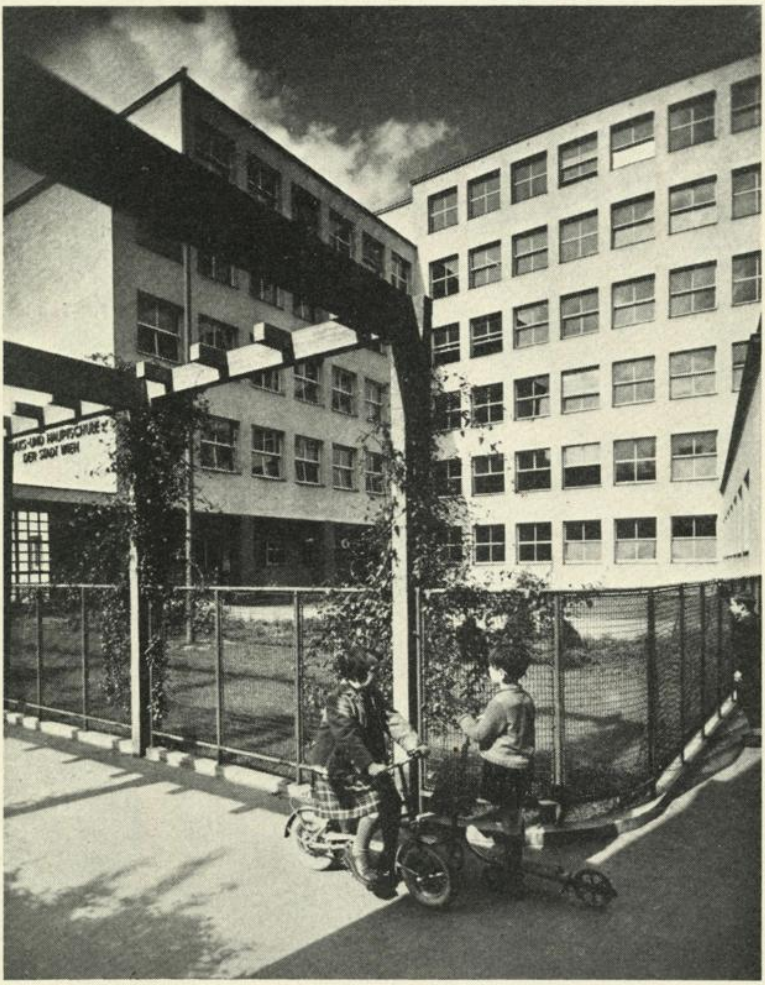
(Bitte wenden!)

rande, Wohnmassierungen eingetreten sind, die wohl vorübergehend zu einem relativ hohen Stand von Kindern geführt haben; es gibt aber Wohnzonen, wo es bereits jetzt schon feststeht, daß dort im engeren Bereiche der Überschuß an Kindern zwischen 3 und 6 Jahren bald nachlassen wird; es schiene natürlich unzweckmäßig, an solchen Stellen permanent, also massiv gebaute Kindergartengruppen zu errichten, deren Kosten einmal viel höher liegen, deren Lebensdauer zum anderen aber ein Vielfaches der Bedarfsdauer entsprochen hätte; schnell errichtbare, billiger herstellbare, gegebenenfalls wo anders hin umsetzbare Kindergartengruppen waren daher das Richtige.

Auch im Auhof, einem Wohn-Siedlungsgelände von nicht permanenter Dauer, war daher die Errichtung einer solchen „Pavillon-Type" die einzig richtige Lösung.

Die „Schäffer-Schule"

Bezirk: IV — Wieden, Schäffergasse 3—5



Kurzdaten:

Verkehrsanschluß vom Rathaus: Linie 2 bis Wiedner Hauptstraße, Linie 65, 66, 67 bis Paulaner Kirche.

Erbauungsjahre: 1950/51.
Eröffnung: 29. September 1951.

Architekten:
Professor Siegfried Theiß,
Baurat e. h. Hans Jaksch.

(Bitte wenden!)

Art der Schule: Volks- und Hauptschule:

Anzahl der Klassen:

8 Volksschulklassen,
8 Hauptschulklassen.

Anzahl der Kinder je Klasse: 30.

Allgemeines:

Die Schäfferschule repräsentiert den Typ der Hochbauschule, wie er in jenen Stadtteilen nach dem Krieg errichtet werden mußte, wo die Raumenge und die überdichte Verbauung in Altstadtvierteln Weiträumigkeit und eine flachbauliche Lösung in weiten Grün- und Spielflächen nicht zuließ.

Trotzdem wurde durch planliche Maßnahmen erreicht, daß selbst dort Spielwiesen und genügend Auslaufflächen vorhanden sind; neben einer modernen Innenausstattung der Schule auf Grund letzter internationaler Erfahrungen ist darum den Schülern und Schülerinnen der Schäfferschule ein Lebensraum im Herzen der Großstadt geboten worden, der die Gewähr für eine gesunde Entwicklung bietet.

Die „Josef Enslein-Schule" in der Siedlung Wienerfeld-Ost

Bezirk: X — Favoriten, Siedlung Wienerfeld-Ost, Nordrand

Kurzdaten:

Verkehrsanschluß vom Rathaus: Alle Linien bis Oper, umsteigen Linie 66, dann Autobus Nr. 31 bis Siedlung Wienerfeld-Ost.

Erbauungsjahre: 1952/53.
Eröffnung: September 1953.

Architekten:
Dipl.-Ing. Franz Mörth,
Arch. Rudolf Jarosch.

Art der Schule: Volks- und Hauptschule.

Anzahl der Klassen:
8 Volksschulklassen,
8 Hauptschulklassen.

Sonstige Einrichtungen: Turnsaal, Physiksaal, Zeichensaal, Handarbeitszimmer, Werkstätten, Küche.

Anzahl der Kinder pro Klasse: 30.

Gesamtbaukosten: rund 9,7 Millionen Schilling.

(Bitte wenden!)

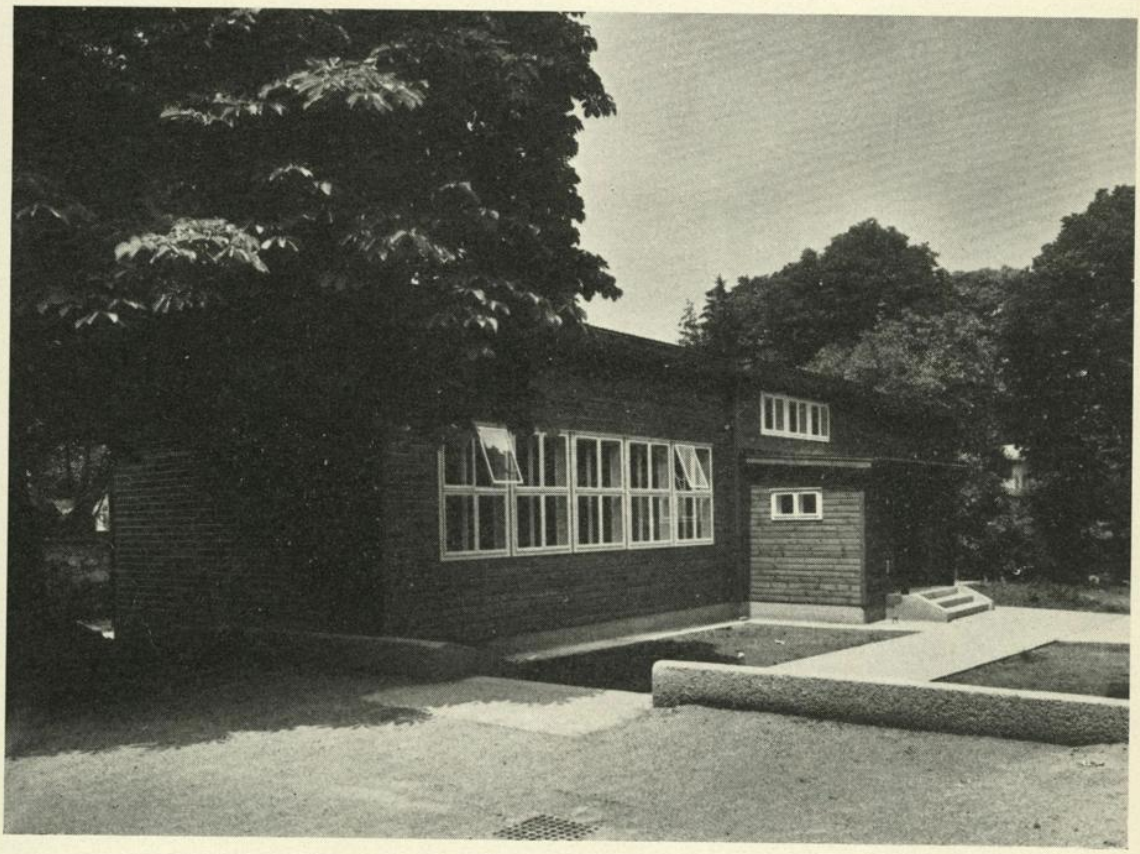
Allgemeines:

Die „Josef Enslein"-Schule entspricht dem Typus der Schulbauten vom Halb-Flachbau-Typ, wie er in den letzten Jahren sich als zweckmäßig erwiesen hat; durch diese Anordnung ist eine gewisse handliche und betriebliche Kompaktheit erreicht worden, ohne daß in zu hohem Maße die naturverbundenen Faktoren zurückgedrängt werden mußten; ein gesundes und freies Lernen ist daher dort möglich geworden.

Die Schule liegt in einem jener Siedlungsvororte, der Siedlung Wienerfeld-Ost, die am Südrande von Wien, am Wienerberg, entstanden sind und die sich durch besonderen Kinderreichtum ihrer Bewohner auszeichnen. Das Gebiet ist wohnsiedlungsmäßig ungemein günstig und bietet seiner Bevölkerung in steigendem Maße mit dem Emporwachsen der dort gepflanzten Grüngürtel immer gesündere Lebensbedingungen; die Schule dient darum auch gleichzeitig den benachbart angelegten Siedlungsgruppen, wie der Wienerfeld-West und der Per Albin Hansson-Siedlung.

Die Pavillonschule in Rodaun

Bezirk: XXIII — Rodaun, Willerstraße 4



Kurzdaten:

Verkehrsanschluß vom Rathaus: Alle Linien bis Babenbergerstraße, umsteigen 58 oder 59 bis Hietzinger Brücke, umsteigen 60 bis Mauer, umsteigen 260 oder 360 bis Rodaun.

Erbauungsjahr: 1951.

Architekt: Sen.-Rat Dkfm. Dipl.-Ing. Dr. Franz Schönthan.

Art der Schule: Volksschule für Knaben und Mädchen.

Anzahl der Klassen: 2 Klassenzimmer (Abort und Garderobe im Klassenverband).

Anzahl der Schüler je Klasse: 36.

Baukosten: 245.000 Schilling.

Allgemeines:

Für den Typ der Pavillon-Schulen gilt das gleiche wie für die Pavillon-Kindergärten: sie wurden ent-

(Bitte wenden!)

wickelt für jene Wohngebiete, in denen ein vorübergehender dringender Bedarf nach Unterrichtsklassen eingetreten ist, bei denen aber feststeht, daß in absehbarer Zeit, jedenfalls lange vor der Abbruchsreife von massivgebauten Schulbauten, die Anzahl der Kinder wieder abnehmen wird.

Die Pavillon-Schule in Rodaun entspricht wie alle Pavillontypen im übrigen dem guten Prinzip der Kleinschule, die sich im Maßstab des Kindes bewegt und die darum besonders intimen und heimlichen Charakter trägt; die Einbettung in bestes soziales Grün, das schon besteht und nicht erst Jahrzehnte bis zu seiner vollen Wirksamkeit braucht, ist bei wenigen Klasseneinheiten naturgemäß im bestehenden Ortskörper ungleich leichter vorzunehmen, als in Schulen mit viel Klassen, großen Baukörpern und ebenso großen Auslaufflächen.

Das „Gänsehäufel"

Bezirk: II — Leopoldstadt, Linnégasse, „An der Alten Donau" auf eigener Insel

Kurzdaten:

Verkehrsanschluß vom Rathaus: Alle Ringlinien bis Reichsbrücke, Linie C von Alserstraße.

Erbauungsjahre: 1947 bis 1950.

Architekten:
Prof. Max Fellerer,
Eugen Wörle.

Umfang: Gesamtareal: 33 ha (Fläche der Badeinsel).
Reines Bauareal: 27 ha.

Fassungsraum: 30.000 Badegäste.

Ausstattung: Als Familienbad geführt.
3.500 Kabinen,
10.370 Umkleidekästchen,
500 Saisonkabinen, u. a. in Turmform,

(Bitte wenden!)

2.500 Restaurantplätze,
1 Kinderfreibad,
1 Sonnen-Nacktbad, getrennt nach Geschlechtern,
260 Brausen,
1 Tennisplatzanlage,
diverse Spiel- und Übungsplätze,
Bootsvermietung,
Kaufzentrum,
zentraler Uhrturm,
1 eigenes Wellenbad (65 m × 16 m),
1 Wasserturm.

Reine Badestrandlänge rund 1,2 km. Das Wasser des Badebeckens wird dauernd gereinigt und entkeimt.

Pro Umkleidegelegenheit 23 m² Grünfläche. — Vergleich: Lausanne, Strandbad, 4 m² Grünfläche.

Gänsehäufel: je m Strand 6 Umkleidestellen, Lausanne: je m Strand 24 Umkleidestellen.

Baukosten: rund 30 Millionen Schilling.

Badepreise:

Strandkabine S 530.— (ganze Saison, 3 Personen),
Kabine S 210.— (ganze Saison, 1 Person),
Kästchen S 120.— (ganze Saison, 1 Person),
Kabine S 9.— für ganzen Tag, S 5.50 für halben Tag,
Kästchen S 5.50 für ganzen Tag, S 3.50 für halben Tag.

Allgemeines:

Das „Gänsehäufel" ist eines der größten städtischen Freibäder dieser Art in Europa.

1907 bereits gegründet, wurde die alte Anlage 1945 völlig zerstört.

Das Bad liegt auf einer Insel in der „Alten Donau", die der Überrest der alten Donauarme ist, welche vor der großen Regulierung der Donau in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts dieses Gebiet durchflossen. Ein herrlicher uralter Pappelbaumbestand schafft einen natürlichen Rahmen, in welchem sich die neuen Baulichkeiten aus Stahlbeton und Glas harmonisch und organisch einfügen.

Die Kabinen- und Kästchenhallen usw. sind aus besonders schalrein ausgeführtem Stahlbeton, die sehr beliebte Wellen-Bademaschine ein Wiener Patent.

Weite Grünflächen und Auwege bieten schöne Spaziergänge entlang des Badestrandes rings um die Insel.

Das „Amalienbad"

Bezirk: X — Favoriten, Reumannplatz

1944

1952

Kurzdaten:

Verkehrsanschluß vom Rathaus: Alle Ringlinien bis Oper, Linie 67 bis Reumannplatz.

Erbauungsjahr: Grundsteinlegung: 1923,
Eröffnung: 1926,
durch Bomben zerstört: 5. Oktober 1944,
Wiedereröffnung: 9. April 1952.

Architekten:

Oberbaurat Josef Bittner,
Baurat Karl Schmalhofer,
Baurat Otto Nadel.

Baukosten: 10 Millionen Goldschilling, Wiederaufbaukosten gleichfalls 10 Millionen Schilling.

Besucherkapazität: Bademöglichkeiten zu gleicher Zeit für 1300 Badegäste in Schwimmhalle, Dampfbädern, Wannen- und Brausebädern, Sonnenbad und Kurbädern.

Durchschnittliche Badefrequenz:
pro Jahr 700.000 Badegäste.

Badeeinrichtungen:

a) 1 Schwimmhalle mit Sportschwimmbecken, $33^1/_3$ m × $12^1/_2$m, internationales Maß,
1 Sprungturm für 1, 3, 5 und 10 m,
1 Kinderbecken,
Zuschauertribünen für Schwimmveranstaltungen.
Halle mit Schmutzgang und Barfußgalerie, dazwischen 241 Kabinen und 313 Kästchen,

b) 2 Herren und Damen-Dampfbäder,
Dampfkammer, Heißluftkammer, Warm- und Kaltwasser-Bassins, Brause- und Waschanlagen, Massage, Ruheräume usw.

c) Wannenbäder: 36 Einheiten,

d) Brausebäder:
90 Brausebäder mit Kabinen (I. Klasse),
209 Brausebäder mit Kästchen (II. Klasse),

e) Sonnenterrasse: 260 m² Dachterrasse mit Brausen und Liegegelegenheiten,

f) Kur- und Heilmittelbäderanstalt für 80 Behandlungen zur gleichen Zeit.

Allgemeines:

Der Prozentsatz der Wiener Wohnungen, die ein Badezimmer haben, ist sehr gering (durchschnittlich nur 10%!); in dem großen Arbeiterbezirk Favoriten,

(Bitte wenden!)

der seine größte Ausdehnung in der Gründerzeit zwischen 1850 und 1900 und später bis 1914 erhalten hat, ist aber der Prozentsatz der privaten Bademöglichkeiten noch um vieles geringer (knapp 4%); andererseits war der Prozentsatz an Tuberkuloseerkrankungen in Favoriten am höchsten von allen Wiener Bezirken.

Die Gemeindeverwaltung hatte daher gerade in diesem Bezirk dieses große Volksbad errichtet, um dort einem möglichst großen Teil der Bevölkerung eine Bademöglichkeit zu geben; das Bad ist zum Gesundheitszentrum von Favoriten geworden.

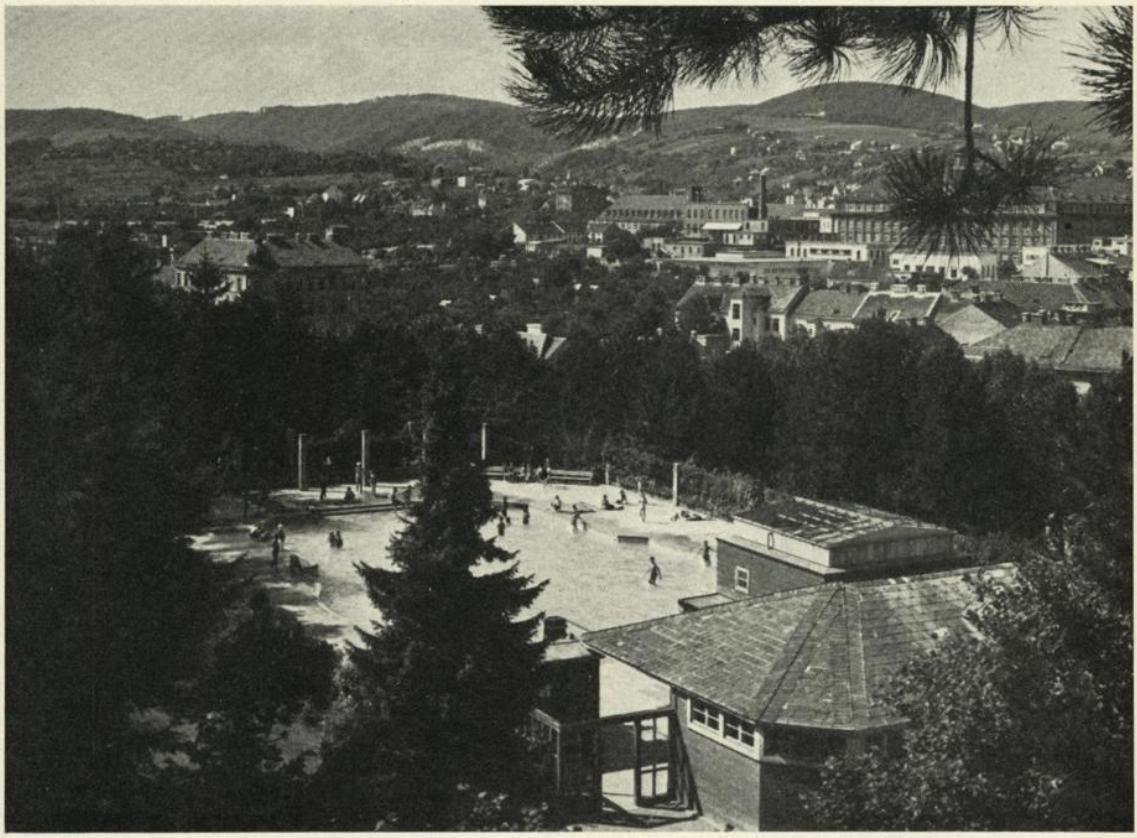
Auch dem Schwimmsport wurde durch das Bad ein großer Auftrieb gegeben.

Das Bad ist das modernste Hallenbad in Wien.

Besucherzahlen 1953: Kuranstalt 134.000 Personen, Warmbäder 426.000, Schwimmhalle 278.000. Sonnenbad 5.000, insgesamt 843.000 Personen.

Das Kinderfreibad „Hartäcker-Park"

Bezirk: XIX — Hugo Wolf-Park



Kurzdaten:

Verkehrsanschluß vom Rathaus: Ringwagen bis Börse, umsteigen Linie 41, 40.

Erbauungsjahre: Eröffnung: 1928, zerstört: 1944, Wiedereröffnung: 1947.

Architekt: Arch. Karl Schmalhofer.

Baukosten des Wiederaufbaues: 120.000 Schilling.

Besucherkapazität (nur Kinder von 6 bis 14 Jahren): 500 Kinder zu gleicher Zeit.

Eintritt: frei.

Gesamtareal: 1200 m².

Einrichtungen:

1 Planschbecken, 360 m² (210 m³), Umkleidemöglichkeiten, 250 m², für 250 Buben und Mädchen,

8 Brausen ingesamt.
Wassererwärmung: Hochquellenwasser, Tiefe 0,70 m.

(Bitte wenden!)

Allgemeines:

Die Wiener Kinderfreibäder, insgesamt 26 an der Zahl, verfolgen einen doppelten Zweck: einmal, um der Jugend Wiens, die mangels geeigneter Erholungs- und Spielflächen und wegen der zu kleinen Wohnungen in den dicht verbauten Bezirkskernen gezwungen sind, auf der Straße sich aufzuhalten, eine Badegelegenheit an heißen Tagen im Sommer zu geben und zum anderen, um in dieser Jugend, die ja die Bürger Wiens von morgen sind, das Bedürfnis nach einer höheren Körper- und Badekultur wachzurufen.

Insgesamt haben im Jahre 1954 533.150 Kinder die Freibäder besucht; wenn man rechnet, daß in diesem Jahr 165.000 Kinder im Alter von 6 bis 14 Jahren in Wien gelebt haben, so kommt auf jedes Kind eine dreimalige Benützung eines Kinderfreibades, ohne die übrigen öffentlichen Bäder mitgerechnet.

Die Wat-Rinne im Stadtpark

Bezirk: III — Landstraße, Heumarkt, Stadtpark

Kurzdaten:

Verkehrsanschluß vom Rathaus: Linien G 2, H 2, E 2 über Lastenstraße, bis Eislaufverein - Stadtbahnstation Stadtpark.

Erbauungsjahr: 1953.

Erbauer: Mag.-Abt. 42 — Städtische Gartenverwaltung.

Baukosten: 100.000 Schilling.

Allgemeines:

Wat-Rinnen stellen eine sinnvolle Ergänzung der Kinderfreibäder dar und dienen zur Verdichtung des öffentlichen Bädernetzes im enger verbauten Stadtkörper, wo größere Kinderfreibadeanlagen nicht errichtet werden können oder wo die Benützungsfrequenz nicht so hoch ist, daß sie die Errichtung eines Kinderfreibades rechtfertigt.

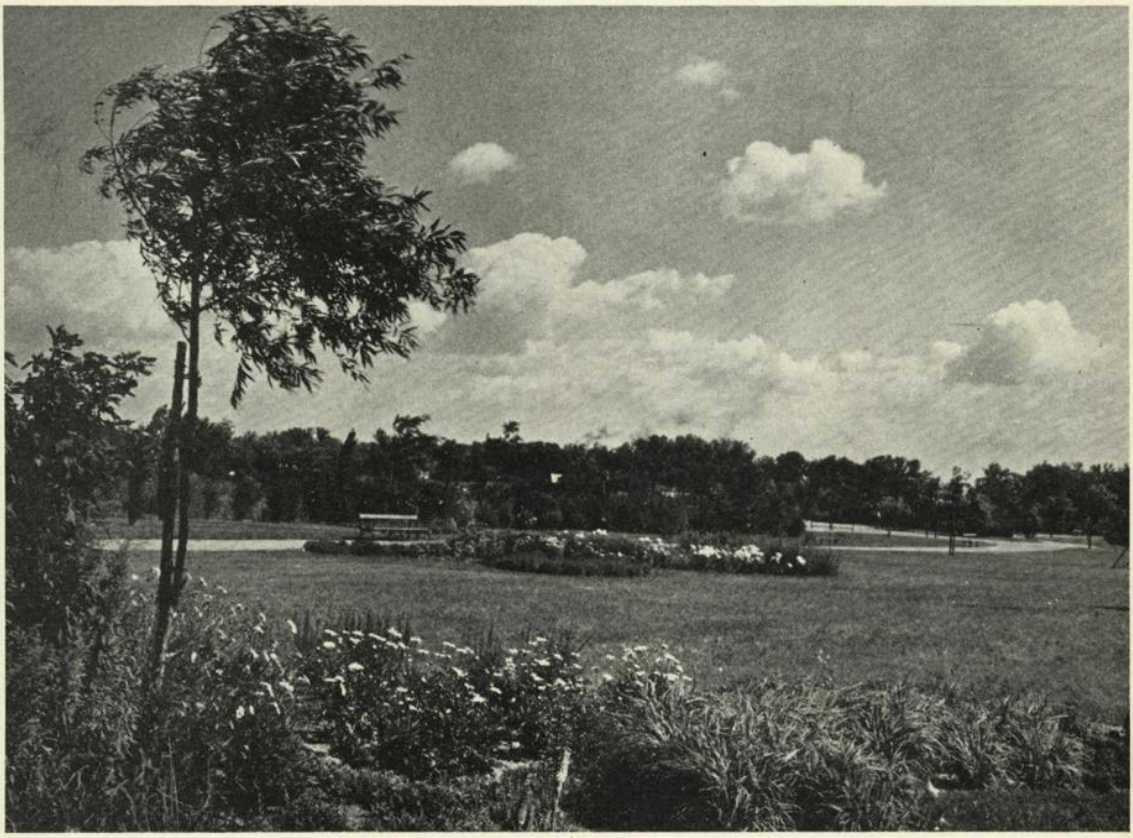
(Bitte wenden!)

Sparsam im Betrieb, sowohl betreffs Wasserverbrauch als auch betreuungskostenmäßig, sind sie, weil es sich hiebei um langsam fließendes Hochquellenwasser handelt, ungemein zweckmäßig und werden in mancher Hinsicht von den Kindern sogar den Kinderfreibädern vorgezogen, da sie mit den weiträumigen Kinderspielplätzen, in denen Spieltanten die Aufsicht führen, in nächster Verbindung stehen.

Die Koppelung mit schon bestehendem öffentlichen Grün stellt eine besonders vorteilhafte Lösung dar.

Die neue Parkanlage an der Wagramer Straße

Bezirk: XXII — Donaustadt, nächst Reichsbrücke



Kurzdaten:

Verkehrsanschluß vom Rathaus: Alle Ringlinien bis Reichsbrücke, Linie C, Linien 16 und 25.

Erbauungsjahre: 1951 bis 1955.

Entwurf und Errichtung: Mag.-Abt. 42 — Stadtgartenamt.

Baukosten: 1½ Millionen Schilling.

Gesamtareal: 2,3 ha.

Baudurchführung: In Eigenregie durch die Mag.-Abt. 42 — Stadtgartenamt.

Allgemeines:

Der neue Park nächst der Reichsbrücke, links der Wagramer Straße, wurde erst nach dem zweiten Weltkrieg durch Ablage von Trümmerschutt hinter dem Hochwasserschutzdamm der Donau geschaffen. Eine berüchtigte wilde Siedlung, Bretteldorf, konnte dadurch neuerlich weiter eingekapselt werden und

(Bitte wenden!)

auch die Müllablagerung entlang des Dammes schafft ständig neue Nutzflächen, die dem Grünland auf der großen Insel zwischen Donaustrom und Alter Donau zukommen wird.

In wenigen Jahren wird dieses Gebiet zum festen Bestand des Wald- und Wiesengürtels gehören, den Wien in hohem Maße klimatisch als auch städtebaulich für sein Erholungsland benötigt.

Der Kinderspielplatz „Venedigerau"

Bezirk: II — Leopoldstadt, Venedigerau

Kurzdaten:

Verkehrsanschluß vom Rathaus: Alle Ringlinien bis Praterstern und Linien 2 und 5.

Erbauungsjahre: 1949 bis 1950 auf dem Ruinenfeld des Wiener Wurstelpraters.

Planung: Mag.-Abt. 42 — Stadtgartenamt.

Baukosten: 150.000 Schilling.

Gesamtareal: 0,35 ha.

Baudurchführung: In Eigenregie der Mag.-Abt. 42 — Stadtgartenamt.

Allgemeines:

Die „Venedigerau" und das anschließend überdicht verbaute Gelände der Stuwerstraße usw. zählt zu den städtebaulich schlechtesten, soziologisch am meisten gefährdeten Gebieten von Wien: Neben den Praterbuden von früher vielfach fragwürdigem Niveau sind die anschließenden Wohngebiete eine der bösesten

(Bitte wenden!)

Entgleisungen der Grundstückspekulation und der Bauausschrotung der Gründerzeit geworden. Die Zerstörung dieses Teiles des Wurstelpraters in den letzten Kriegstagen bot daher der Gemeindeverwaltung im Zuge ihrer Wiederaufbauarbeit die willkommene Gelegenheit, an Stelle der Holzbauten und sonstigen minderwertigen Baulichkeiten eine weite Grünfläche mit Park- und Spielwiesen zu errichten, um den Kindern dieses Viertels endlich einmal Gelegenheit zu geben, unter guter Obhut ihre Freizeit zu verbringen. Die hohe Frequenz des Kinderspielplatzes hat diese Maßnahme mehr als gerechtfertigt. Eine Reihe von neuartigen Spielgeräten sorgt für dauernde Beschäftigung der Kinder (bis zu 10 Jahren zugelassen). Gemeinschaftsspiele, die von den Spieltanten geleitet werden, vervollständigen die vielfältige Verwendungsmöglichkeit dieser segensreichen Einrichtung.

Aufforstung am Laaerberg

Bezirk: X — Favoriten, Laaer Straße

Kurzdaten:

Verkehrsanschluß vom Rathaus: Alle Ringlinien bis Oper, umsteigen Linie 67 bis Endstation.

Aufforstungsbeginn: September 1953.

Aufforstungsmaßnahmen: Durch Mag.-Abt. 49 — Stadtforstamt.

Gesamtkosten (1953/54): rund 900.000 Schilling.

Gesamtareal: 11,7 ha.

Allgemeines:

Die starken Versteppungstendenzen im Wiener Raum und insbesondere die Tatsache, daß der Wald- und Wiesengürtel der Stadt im Westen und die Praterauen und die Lobau im Osten von Wien durch eine breite, nahezu unbewaldete Zone im Süden unterbrochen sind, durch die die trockenen, heißen und staubigen Winde aus der Ungarischen Tiefebene in die Stadt einbrechen, haben die Gemeindeverwal-

(Bitte wenden!)

tung zu großzügigen Aufforstungsmaßnahmen am Südrand von Wien veranlaßt.

Die Schwierigkeit der Aufforstung mit bodenständiger Flora, bedingt durch die klimatische Lage und durch die nordwestliche Hauptwindrichtung, wird eine langjährige, dauernde und mühevolle Kleinarbeit in den Aufforstungszonen, vor allem auf der Laaerbergkuppe, notwendig machen (Wohlfahrtswald).

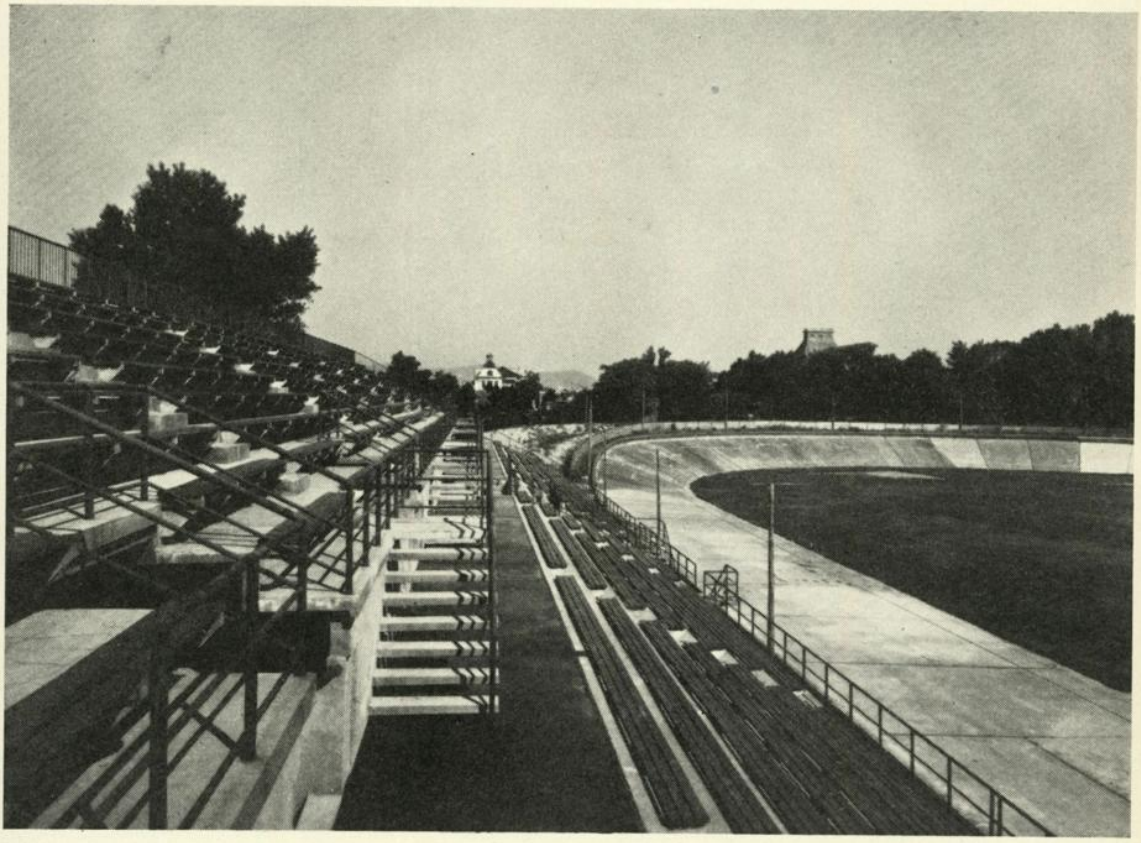
Aber auch der Südrand selbst, an dem die einzelnen neuerrichteten Wohnnachbarschaften liegen, bedarf der Aufforstung, damit das ganze Gebiet einst echtestes Erholungsland werde, das den Wienern ein weicheres Klima und Ausflugsziele geben soll.

Aufforsten aber ist generationenlange Arbeit: abgeholzt ist in wenigen Wochen — großgewachsen erst in einem Jahrhundert.

Darum: „Schützt den Wienerwald!"

Die neue Radrennbahn beim Stadion

Bezirk: II — Leopoldstadt, Engerthstraße



Kurzdaten:

Verkehrsanschluß vom Rathaus: Linie A, B bis Endstation, dann Linie 11.

Entwurf (Tribüne): Arch. Theodor Schöll.

Ingenieurberechnungen: Dr. Ing. Walter Klug, Wien.

Erbauungsjahr: Radrennbahn und Tribüne 1949/50.

Ausführung: 400 m lange und 9 m breite, ovale Betonfahrbahn mit 50% überhöhten Kurven. Im Innenfeld ein 1110 m × 61 m großes Spielfeld. An der Außenseite Stehplatzränge für 6000 Zuschauer und eine 70 m lange Betontribüne mit 2000 Sitzplätzen und Garderoben.

Baukosten der neuen Tribüne: 1 Million Schilling.

Allgemeines:

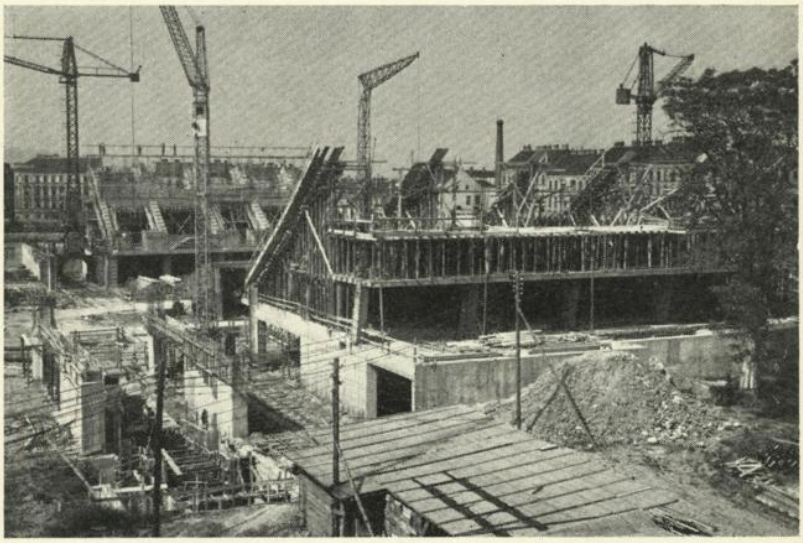
Die Stadion-Radrennbahn, die im Jahre 1949/50 errichtet worden war, hatte eine hölzerne Sitztribüne, die im Jahre 1945 verlorenging. Im Zuge des Wiederaufbaues des durch Bomben schwer beschä-

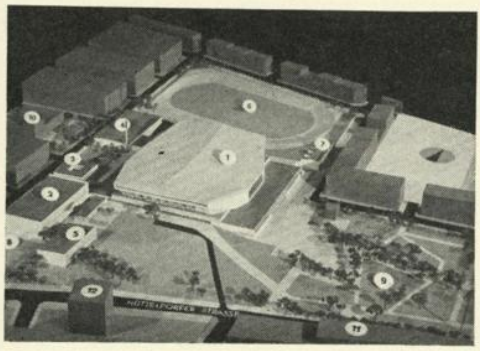
(Bitte wenden!)

digten Stadions wurde auch die in nächster Nähe liegende Radrennbahn wieder instandgesetzt; hiebei wurde eine moderne Stahlbetontribüne errichtet, die in weit höherem Maße den sportlichen und veranstaltungsmäßigen Bedürfnissen entsprach wie die alte Tribüne. Sie trägt viel dazu bei, die Veranstaltungen bei einem immer größer werdenden Kreis von Wienern beliebt zu machen, die dem Radsport und ähnlichen Disziplinen huldigen.

Die neue Wiener Stadthalle

Bezirk: XV — Fünfhaus, Am Vogelweidplatz





Raumprogramm:

1 *Haupthalle,*
2 *Ballhalle,*
3 *Verwaltungsgebäude,*
4 *Eissport-Halle,*
5 *Gymnastikhalle,*
6 *Red-Star-Platz (bleibt bestehen),*
7 *Werkstätten und Wohnhäuser,*
8 *Kinderfreibad (bestehend),*
9 *Märzbad (bestehend),*
10 *Kirche am Vogelweidplatz (bestehend),*
11 *Fortbildungsschule (bestehend),*
12 *Umformerstation (bestehend).*

Gesamtkosten: zirka 110 Millionen Schilling.

Kurzdaten:

Verkehrsanschluß vom Rathaus: Ab Bellaria mit Linien 48 oder 49.

Erbauungsjahr: Grundsteinlegung: 18. Oktober 1953, derzeit noch im Bau.

Architekt: Prof. Dr. Roland Rainer, Wien-Hannover.

Gesamtfläche des Stadthallengeländes: 4,2 ha.

Gesamtkapazität der Haupthalle:

maximal	*14.500*	*Zuschauer*
bei Eisrevuen	*12.000*	*Zuschauer*
bei Radrennen	*10.000*	*Zuschauer*
bei Großkinos	*4.000*	*Zuschauer*

(Bitte wenden!)

Allgemeines:

Die Errichtung der Stadthalle soll einem weitreichenden allgemeinen Bedürfnis steuern; seit dem Brande der Rotunde im Jahre 1937 gibt es in Wien keine Versammlungshalle, in der größere Veranstaltungen bei Schlechtwetter abgehalten werden könnten. Auch Sportorganisationen benötigen eine Großsporthalle, die Messe hat zu wenig Ausstellungsraum; eine Mehrzweckhalle ist daher für Wien ein wichtiges städtebauliches und wirtschaftliches Element, das besonderer Aufmerksamkeit der Stadtverwaltung bedarf.

Der 15. Bezirk, der außerdem in der späten Gründerzeit ein amorph entwickelter Stadtteil geworden ist, wird auch darum Vorteile daraus ziehen, weil nun dieses Gebiet, dem bisher ein Mittelpunkt fehlte, nun einen lebendigen Brennpunkt erhält, der in seiner Funktion bald brauchbare wirtschaftliche und kulturelle Erfolge bringen wird.

Die Baudauer ist mit drei bis vier Jahren vorgesehen.

Aktion: **„Die Stadt Wien als Mäzen"**

Brunnenplastik in der Siedlung Kagran

Kurzdaten:

Verkehrsanschluß vom Rathaus: Ringlinien bis Reichsbrücke, umsteigen Linie 25 bis Siedlung Kagran.

Errichtungsjahr der Plastik: 1950.

Bildhauer: Mario Petrucci.

Aufwand der Stadt Wien für die künstlerische Ausschmückung von Bauten von 1949 bis 1954: rund 11 Millionen Schilling.

Allgemeines:

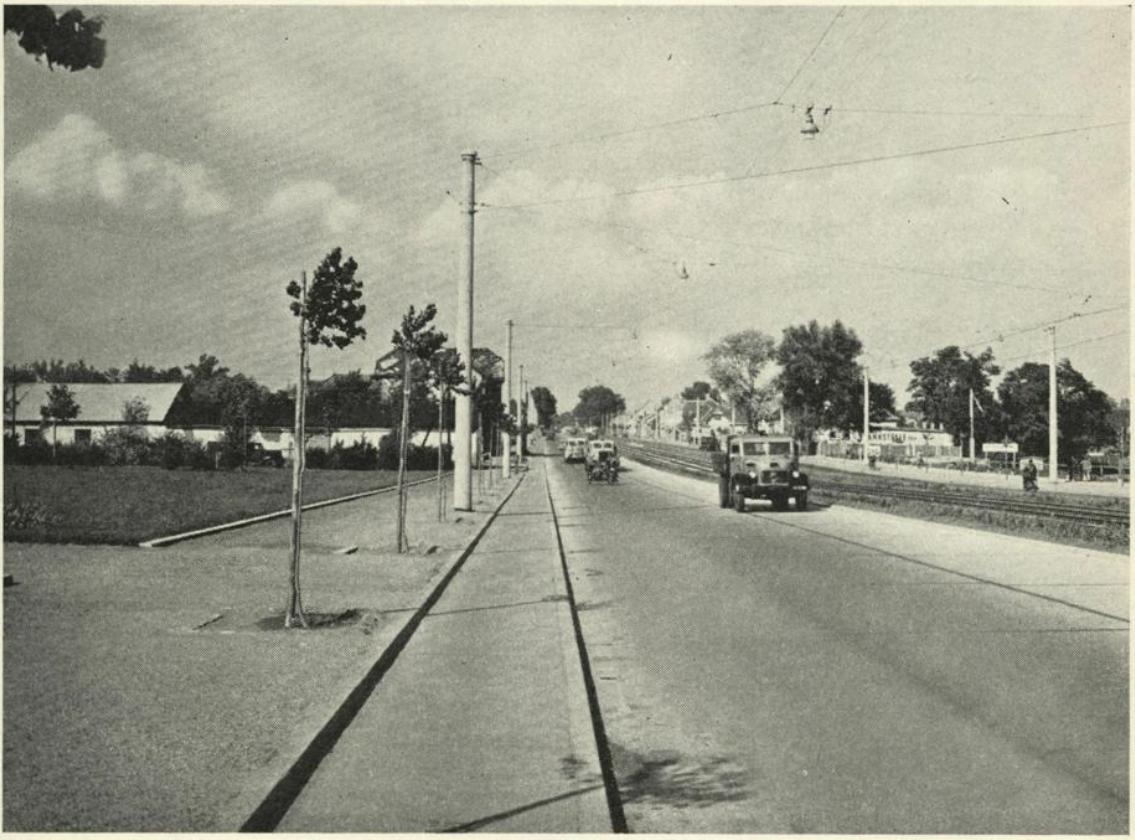
Die Aktion „Die Stadt Wien als Mäzen" beabsichtigt, einen bestimmten Prozentsatz des Baugeschehens von Wien für die künstlerische Ausschmückung der neuen Bauwerke aufzuwenden. Nicht nur der Architekt, der Baumeister, der Ingenieur, sondern auch der bildende Künstler, der Graphiker, der Maler, der Bildhauer sollen Gelegenheit zur schöpferischen Mitarbeit an der Gestaltung des neuen Lebensraumes der Wiener haben.

(Bitte wenden!)

Die Stadt von morgen würde niemals befriedigen, wenn in ihr nicht neben den materiellen, technischen und sanitären Forderungen auch jene geistigen und kulturellen Bedingungen erfüllt würden, die in ihrer vermenschlichenden Wirkung erst jene Atmosphäre ergeben, in der der moderne Großstadtmensch neben seinen intellektuellen Fähigkeiten auch die seelischen Kräfte seiner Persönlichkeit und seines Schaffens auswirken und widerspiegeln kann.

Der Neubau der Wagramer Straße

Bezirk: XXI — Floridsdorf



Kurzdaten:

Verkehrsanschluß vom Rathaus: Ringlinien bis Praterstern, dann Linie 25 und C über die Reichsbrücke.

Baujahr: 1952 bis 1953.

Baukosten: 4 Millionen Schilling.

Ausführungsart: moderne Betonstraße mit 19 cm plus 5 cm Auflage mit versetzten Dehnfugen.

Allgemeines:

Die großen Ausfallstraßen Wiens haben in steigendem Maße den Schwerverkehr aufzunehmen, der durch die wachsende Motorisierung immer bedeutsamer wird; darum liegt es im Ausbaukonzept der Gemeindeverwaltung, möglichst diese wichtigen Arterien, die von außen zu und von den Stadtschwerpunkten führen, zu modernen Hochleistungsstraßen auszubauen: neben modernen Betonfahr-

(Bitte wenden!)

decken werden Radfahrwege zur Entmischung des Verkehres und Fußgeherbankette gleichzeitig ausgebaut, der schienengebundene Verkehr in die Mitte der Trasse verlegt und Baumpflanzungen usw. gleichzeitig mit ausgesetzt.

Die neue Gürtelkreuzung beim Westbahnhof

Bezirk: XV — Fünfhaus, Mariahilfer Straße

Kurzdaten:

Verkehrsanschluß vom Rathaus: Linie L, Ring, 52, 58, bis Gürtel.

Baujahr: 1951.

Bauherr: Stadt Wien: Mag.-Abt. 28 — Straßenbau.

Baukosten: zirka 5 Millionen Schilling.

Ausführungsort: Im Zuge des Ausbaues der Mariahilfer Straße und des Gürtels beim neuen Westbahnhof.

Allgemeines:

Bei der Modernisierung der Haupteinfall- und Schwerverkehrsstraßen müssen auch die verkehrsplanlichen Bedingungen an den Hauptkreuzungen infolge des ständig steigenden motorisierten Verkehrs auf den neuesten Stand gebracht werden.

Die Anlage einer Reihe von Kreisverkehrsbauten war daher aktuell geworden; insbesondere die sehr belastete Kreuzung Mariahilfer Straße—Gürtel

(Bitte wenden!)

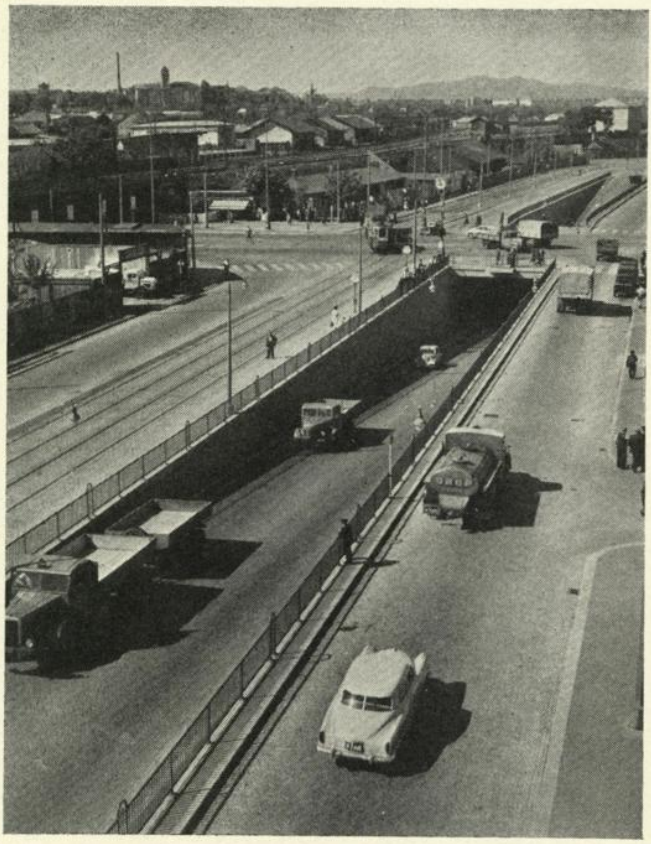
nächst dem wiederaufgebauten Westbahnhof wurde daher einer völligen Neugestaltung unterzogen. Ein moderner Verkehrsturm regelt den Kreisverkehr, dessen Leistungsfähigkeit nun wesentlich höher ist.

Abgesehen davon, daß die Unfallsgefahr durch diese sehr übersichtliche Lösung wesentlich verringert wurde, konnte auch die Verkehrsflüssigkeit des gesamten Straßenzuges Mariahilfer Straße einerseits und der Hauptverkehrs-Schwerlinie Wien, des Gürtels, andererseits bedeutend gesteigert werden.

Der Parkplatz vor dem Westbahnhof erfüllt außerdem weitgehend die Aufgabe, den ständig wachsenden Personenkraftwagenverkehr beim Bahnhof abzufangen. Seine organische Eingliederung in den Gürtelstraßenzug fällt durch die geschmackvolle landschafts-gärtnerische Gestaltung allgemein auf.

Unterfahrung Matzleinsdorfer-Platz

Bezirk: IV — Wieden



Kurzdaten:

Verkehrsanschluß vom Rathaus: Ringlinien bis Oper, dann Linien 62 und 65.

Baujahr: Baubeginn 6. Juni 1951.
Eröffnung: 22. Dezember 1951.

Bauherr und Entwurf: Stadt Wien:
Mag.-Abt. 28 — Straßenbau.

Baukosten: 12 Millionen Schilling.

Abmessungen:

Überbrückungsbreite: 9,20 m,
Überbrückungslänge: 47 m,
Lichte Höhe: 4,5 m.

Allgemeines:

Die Unterfahrung am Matzleinsdorfer Platz gehört zu jenen neuen straßenbaulichen Maßnahmen der Gemeinde Wien, die wegen der rasch ansteigen-

(Bitte wenden!)

den Verkehrsschwierigkeiten durch die wachsende Motorisierung in Angriff genommen wurden.

Das derzeit ausgeführte Baulos, wie es das Bild zeigt, hatte lediglich die Unterführung des schienenfreien Verkehres im Auge gehabt; bei Notwendigkeit kann auch die Straßenbahn vertieft geführt werden: die Vorbereitungsarbeiten an den unterirdischen Versorgungsleitungen und den Kanälen etc. wurden für eine solche unter Umständen notwendige Entwicklung bereits vorgenommen.

Die Zügigkeit des Gürtel-Lastenverkehres hat durch die Unterfahrung ungemein gewonnen.

Die neue Marienbrücke über den Donaukanal

Bezirk: I — Innere Stadt und II — Leopoldstadt

Kurzdaten:

Verkehrsanschluß vom Rathaus: Ringlinien über Kai bis zur Marienbrücke.

Baujahre: Baubeginn: Juli 1951,
Belastungsprobe: September 1953,
Brückeneröffnung: Oktober 1953.

Bauherr: Stadt Wien: Mag.-Abt. 29 — Brücken- und Wasserbau.

Baukosten: 8,900.000 Schilling.

Abmessungen: Gesamtlänge: 79,80 m, Hauptöffnung über dem Donaukanal: 56,80 m, Brückenbreite insgesamt 24 m, hievon Fahrbahnbreite 15 m, freie Durchfahrtshöhe über höchstem schiffbaren Wasserstand 6,40 m.

Konstruktionsart: Stahlbetontragwerk mit Schlaffbewehrung, Berechnung nach dem Traglastverfahren.

(Bitte wenden!)

Entwurf: Ing. C. Auteried & Co., Wien gemeinsam mit Prof. Dipl.-Ing. Dr. techn. Karl Jäger, beide Wien.

Baukünstlerische Beratung: Dipl.-Arch. Adolf Hoch, Wien.

Allgemeines:

Die Marienbrücke zählt zu den größten Stahlbetonbrücken Österreichs. Bei der Herstellung des hochwertigen Betons, beim Biegen und Schweißen der großkalibrigen hochfesten Bewehrung und beim Streben nach Rissefreiheit mußten neue Wege eingeschlagen werden, die zum Teil als völlig neu zu bezeichnen sind. Städtebaulich gesehen kommt der Brücke eine wichtige Verkehrsaufgabe als Verlängerung des Verkehrsstromes der Rotenturmstraße aus der Wiener City nach dem 2. Bezirk zu. Die formgeglückte Lösung an diesem prominenten Verkehrspunkt der Innenstadt am Donaukanal trägt viel dazu bei, daß Wien wieder den Charakter der alten schönen Stadt an der Donau erhält.

Der neue Wippdrehkran im Hafen Freudenau

Bezirk: II — Leopoldstadt, Stückguthafen Freudenau

Kurzdaten:

Verkehrsanschluß vom Rathaus: Ringlinien bis Reichsbrücke, bezw. Engerthstraße, umsteigen Linie 11 bis Endstation.

Baujahr: 1950 bis 1953.
Bauherr: Stadt Wien: Mag.-Abt. 29 — Brücken- und Wasserbau.
Baukosten: 2,400.000 Schilling.

Abmessungen: Tragkraft bei 21 m Ausladung 3,2 t, bei 11,5 m Ausladung 6 t.
Gesamtgewicht: 143 t,
27,8 m größte Höhe über Schienen-Oberbank, Drehstrom. Kleinster Drehkreis 7 m, Spurweite Portal 6 m.

Allgemeines:

Der Donauhafen, bezw. der schrittweise Ausbau der vielfältigen Möglichkeiten, welche die geopoliti-

(Bitte wenden!)

sche Lage von Wien am zukünftigen Hauptwasserstraßenkreuz von Europa anbietet, ist eine der wichtigsten zukünftigen Bauvorhaben, die auf Wiener Boden in dieser und der nächsten Generation vor sich gehen wird.

Bereits jetzt jene Möglichkeiten so zu erkennen und die baulichen Maßnahmen zeitgerecht zu treffen, ist von größter Bedeutung.

In Erkennung dieser Tatsache hat die Stadtverwaltung schrittweise den Ausbau des Hafengeländes, vor allem des Freudenauer Stückguthafens und der Speicheranlagen in Albern in Angriff genommen und u. a. auch einen großen Wippdrehkran mit der notwendigen Kranbahn aufgebaut. Von der Entwicklung der allgemeinen internationalen Weltlage wird es abhängen, ob Europa, und damit auch Wien, jene Vorteile wird nützen können, die der Raum von Wien für den Handel des Kontinentes zu bieten in der Lage ist.

Die neue Schweinehalle in St. Marx

Bezirk: III — Landstraße, Baumgasse

Kurzdaten:

Verkehrsanschluß vom Rathaus: Ringlinie bis Schwarzenbergplatz, Linie 71 bis St. Marxer Gürtel.

Baujahr:

Rinderschlachthof 1846 bis 1884, bzw. 1898 und 1913,
Erweiterung 1918 bis 1923,
Zentralviehmarkt 1879 bis 1883,
Schweineschlachthof 1909,
Kontumazanlage 1916 bis 1922, 1928 und 1930,
von Bomben zerstört: 1945,
wiederaufgebaut in den Jahren ab 1945.

Abmessungen:

Rinderschlachthof	*70.453 m²*
Zentralviehmarkt	*258.848 m²*
Schweineschlachthof	*37.160 m²*
zusammen	*366.461 m²*

(Bitte wenden!)

Allgemeines:

Der Wiederaufbau der zerstörten Approvisionierungsanlagen in Wien III, St. Marx, wurde für die regelmäßige Versorgung der Wiener Bevölkerung mit genügend Fleisch in den Jahren nach 1945 von größter Bedeutung.

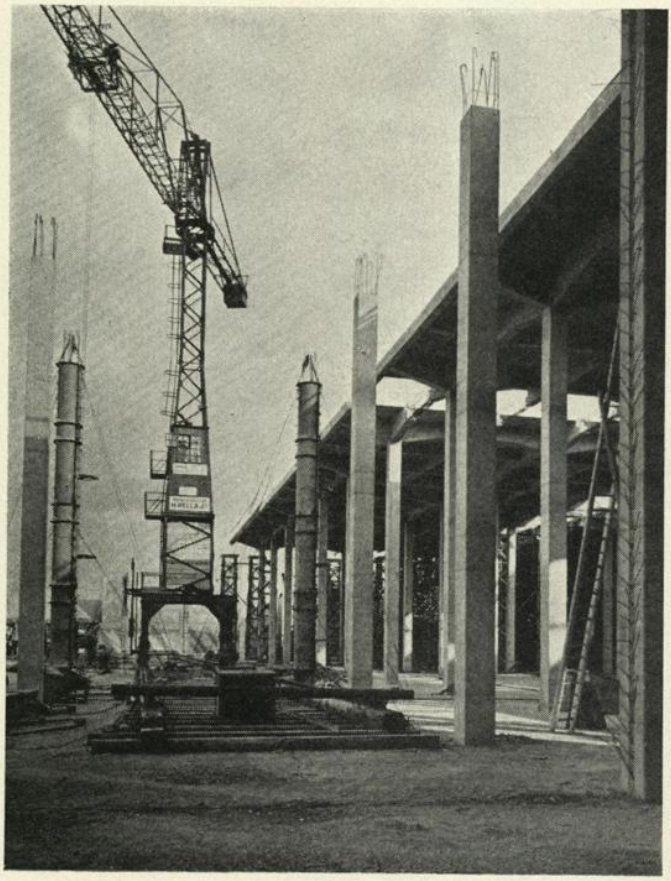
Da die Zerstörungen sehr umfangreich waren und nahezu alle Gebäudegruppen betroffen haben, mußte unter schwierigen Bedingungen der Wiederaufbau besonders beschleunigt werden: vorgefertigte Bauelemente kamen darum in vielen Fällen zur Anwendung. Wiederaufbauarbeiten wurden in folgenden Anlagen vorgenommen: Im Rinderschlachthof, am Zentralviehmarkt, am Schweineschlachthof und in der Kontumazanlage.

Für den Wiederaufbau hat die Stadt Wien allein in diesen Anlagen seit 1945 folgende beachtliche Beträge aufgewendet, wobei diese zum Teil noch vor die Lohn- und Preisabkommen fallen und daher nach derzeitiger Kaufkraft viel höher einzuschätzen sind.

Für den Rinderschlachthof	*S 10,200.000.—*
für den Zentralviehmarkt	*S 36,100.000.—*
für den Schweineschlachthof	*S 8,300.000.—*
für die Kontumazanlage	*S 9,100.000.—*
insgesamt	*S 63,700.000.—*

Der neue Leitungs-Großspeicher im Steinfeld

nächst Neusiedl am Steinfeld, Niederösterreich



Kurzdaten:

Verkehrsanschluß vom Rathaus Wien: Ring bis Oper, Wiedner Hauptstraße — Neunkirchner Allee bis Rechts-Abzweigung nach Neusiedl.

Baujahre: Baubeginn: 1952

Baukosten: rund 100 Millionen Schilling.

Bauherr: Stadt Wien: Mag.-Abt. 31 — Wasserwerke.

Abmessungen: Gesamtfassungsraum: 600.000 m³ Hochquellenwasser, verbautes Areal: 10 ha.

Allgemeines:

Der steigende Wasserverbrauch der Großstadt Wien hat bewirkt, daß das aus der I. und II. Hochquellenleitung nach Wien gelangende Trinkwasser nicht mehr ausreicht. Es mußte daher eine Steige-

(Bitte wenden!)

rung der Wasserreserven für diejenigen Jahresperioden angestrebt werden, in denen einerseits ein höherer Verbrauch bestand, andererseits aber in den Gebirgsmassiven der Rax, Schneeberg und Hochschwab, von wo das Wasser für Wien kommt, nur wenig Zufluß gewährleistet ist.

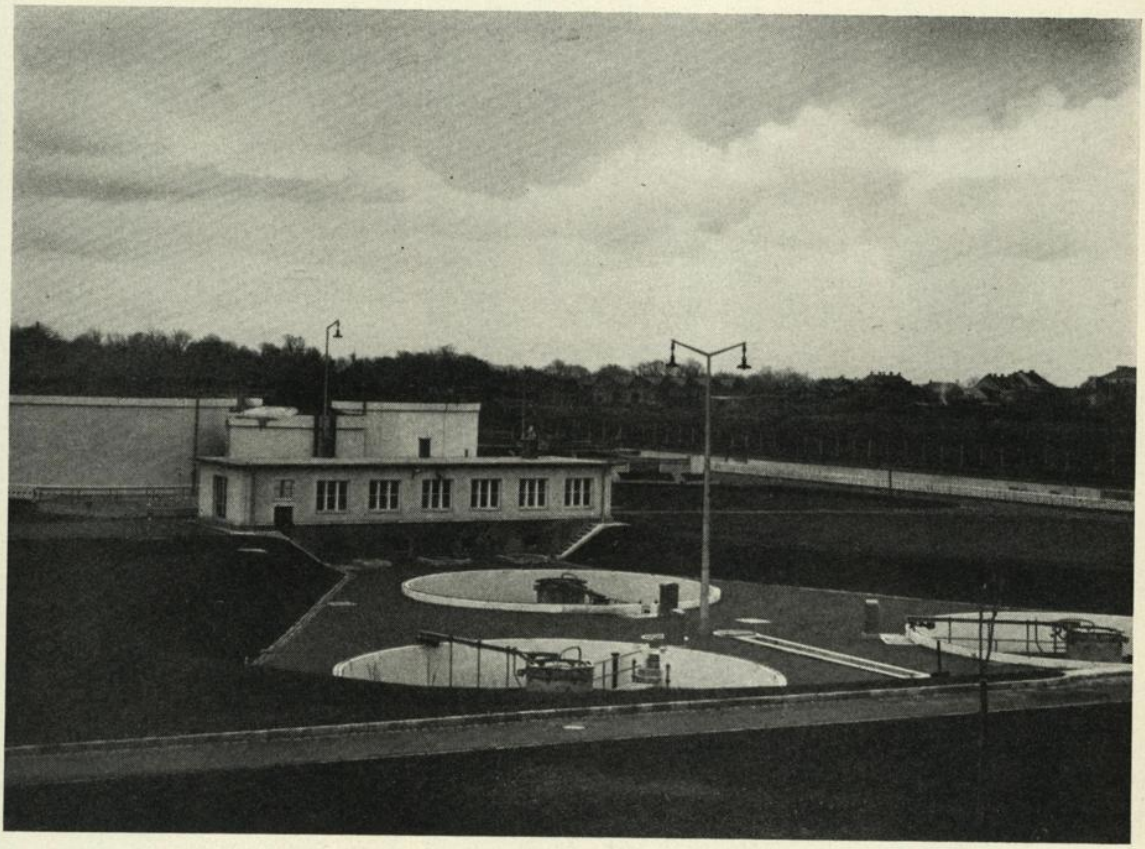
So konnte durch eine Reihe von allgemeinen Maßnahmen die Leistungsfähigkeit des Hochquellen-Leitungskanales der 1. Hochquellenleitung von 138.000 m³ pro Tag auf 200.000 m³, vom Quellgebiet bis Neusiedl am Steinfeld sogar auf 240.00 m³ erhöht werden.

Durch die Anlage eines großräumigen unterirdischen Speichers in der I. Hochquellenleitung im Steinfeld wird es möglich, endgültig das Manko an Wasser für Wien zu beheben, das sich aus dem wachsenden Verbrauch ergibt. Die Stadtverwaltung muß zwar zur Erbauung des Speichers große Beträge aufwenden, die aber wesentlich niedriger als eine dritte Wasserleitung für Wien sein werden.

Die Anlage, die das größte derartige Bauwerk in Europa darstellt, ist noch im Bau.

Die neue Kläranlage auf der Gelben Heide in Inzersdorf

Bezirk: XXV — Liesing



Kurzdaten:

Verkehrsanschluß vom Rathaus: Ringlinien bis Oper, umsteigen Linie 65, dann 165 bis Linienamt.

Baujahr: Baubeginn: 12. Mai 1947
Eröffnung: 15. Dezember 1951.

Baukosten: 6,500.000 Schilling.

Bauherr: Stadt Wien: Mag.-Abt. 30 — Kanalisation.

Abmessungen: Niederschlagsgebiet 470 ha, bestehendes Einzugskanalnetz 17 km, derzeit Bewohner des Einzugsgebietes 16.000 Einwohner. Anlage ausbaufähig bis zum Einzugsgebiet für 40.000 Einwohner.

Allgemeines:

Die mechanisch-biologische Kläranlage auf der Gelben Heide in Inzersdorf hat die Aufgabe, die

(Bitte wenden!)

Schmutz- und Regenwässer des 470 ha großen Gebietes von Altmannsdorf-Hetzendorf zu reinigen, um ihre Einleitung in den Liesingbach ohne sanitäre Übelstände zu ermöglichen. Sie besteht aus einem Rundsandfang mit Rechenanlage, drei Absetzbrunnen, in denen das Abwasser mechanisch geklärt wird, dem Pumpenhaus, den beiden Hochleistungstropfkörpern zur biologischen Reinigung des Abwassers mit nachgeschalteten Nachklärbrunnen und den 28 Schlammtrockenbeeten. Zur Reinigung des Regenwassers dient ein Regenklärbecken von 2650 m³ Fassungsraum. Der anfallende Trockenschlamm im Ausmaße von schätzungsweise 950 m³ pro Jahr wird als Dünger an die Landwirtschaft abgegeben. Bei Vollausbau wird es dann sogar wirtschaftlich möglich sein, das bei der Ausfaulung des Klärschlammes anfallende hochwertige Methangas einer Nutzung für Heiz- oder Treibzwecke zuzuführen.